



Protokoll

18. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 5. Dezember 2011, 18:00 Uhr,
Gemeinderatssaal

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2012- 2015 und Globalbudgets 2012 / Finanzplanung 2013 – 2015
(Anträge Nr. 98/2011 und 99/2011)
Überblick von Abteilungsvorsteher Finanzen, Werner Egli
Eintretensdebatte
LA Parlamentarische Dienste
GF Steuerung und Führung
GF Bürgerrecht und Dienste Präsidiales
GF Kultur
GF Finanzen
GF Liegenschaften
GF Infrastrukturbau und Unterhalt
GF Stadtraum und Natur
GF Hochbau und Vermessung (inkl. Leistungsmotion Nr. 514, Ökostrom)
GF Koordination Bildung
GF Sicherheit
GF Publikumsdienste
GF Soziale Sicherheit
GF Gesundheit
GF Betreutes Wohnen
GF Sport
GF Sozialhilfe
GF Primarschule
- 4 Investitionen des Voranschlages 2012
- 5 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Voranschlag 2012 der Sekundarstufe
(Antrag Nr. 102/2011)

6 Festsetzung des Steuerfusses

7 Schlussabstimmungen zu den Anträgen 98/2011, 99/2011 und 102/2011

Präsenz

Vorsitz	Cla Famos, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Verwaltung	Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber Markus Josi, Abteilungsleiter Finanzen
Sekundarstufe	Thomas Pedrazzoli, Präsident der Sekundarstufenschulpflege Alessandro Virgelli, Finanzdelegierter Sekundarstufenschulpflege
Entschuldigt:	Werner Kessler
Verspätet:	Marius Weder (ab Traktandum 3, Eintretensdebatte)
Presse	Christian Brütsch, AvU

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Thomas Wüthrich

Persönliche Erklärung

Sehr geehrter Herr Präsident

Dieses Traktandum soll weder der Ort für Nachrufe werden noch will ich die Budgetdebatte unnötig verlängern. Aber am vergangenen Wochenende ist etwas passiert, dass Grund zur Trauer gibt.

Nach knapp 10 Jahren hat unser aller Multifunktionssaal Qbus seine letzte Kulturveranstaltung erlebt. Nur schon in den Filmvorführungen allein hat die ganze Stadt Uster, also rund 30'000 Personen, einmal in den Plüschsesseln des Kinos Platz genommen.

Daneben fanden unzählige, öffentliche Veranstaltungen von privaten und organisierten Veranstaltern statt: Theater, Kleinkunst, Musik im Grossen wie im Kleinen, Talentwettbewerbe etc. etc. Auch als privater Veranstaltungsort war der Qbus sehr beliebt.

Es gilt einen herzlichen Dank all jenen auszusprechen, die aus dem hässlichen kleinen Entlein einen strahlenden Kultur-Schwan gemacht haben. Danke für Euer Engagement, Danke für geopfert Freizeit!

Und angesichts der Erfolgsstory muss man sich eigentlich fragen: warum konnte dieser Ort nicht als kultureller Begegnungsplatz und Leuchtturm erhalten bleiben.

Segs wies well. Es ist zu hoffen, dass die bislang im Qbus involvierten Kulturtäter, als Künstler oder als Veranstalter, auch an einem neuen Ort denselben Elan an den Tag legen können, denselben Erfolg haben können und somit den Namen Uster weit über die Stadtgrenzen hinaustragen können.

Danke!

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenauflage.

Weiter weist er darauf hin, dass Hinweis auf Schulung betreffend Bauprojektmanagement, ab 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr, ab dann GR-Sitzung (Doppelsitzung).

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 17. Sitzung vom 14. November 2011 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2012- 2015 und Globalbudgets 2012 / Finanzplanung 2013 – 2015 (Antrag Nr. 98/2011 und 99/2011)

Der Vorsitzende erläutert das detaillierte Vorgehen der Budgetberatung und das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird Finanzvorstand Werner Egli referieren, dann erhalten die Fraktionsmitglieder das Wort und am Schluss ist die Debatte offen für die Gesamtvorlage. Es wird nur über die Änderungsanträge abgestimmt. Die Schlussabstimmung erfolgt am Ende der Beratungen.

Die Sprecher/innen der Kommissionen halten ihre Referate. Wo keine Anträge vorliegen, respektive die Rechnungsprüfungskommission das Geschäftsfeld ohne Anträge verabschiedet hat, entfällt das Referat der RPK bzw. wird grad in die Sachkommissionsreferate integriert.

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission erkundigt sich, wann er sein Referat halten sollte. Dies wäre am besten nachdem der Finanzvorstand gesprochen hat.

Finanzvorstand **Werner Egli** referiert zum Voranschlag 2012.

Überblick von Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen

VORANSCHLAG 2012 DER STADT USTER

Einleitung

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne präsentiere ich Ihnen heute Abend den Voranschlag 2012 mit der Finanzplanung 2013 bis 2015. Es ist das erste Budget, welches der Stadtrat nach Vorlage der „Neuen finanzpolitischen Ziele“ erstellt hat. Wenn die Durchsetzung dieser Ziele in der Planung und vermutlich später in der Praxis auch nicht immer ganz einfach war oder werden wird, so kann ich doch heute Abend erklären, dass die wesentlichen Grundsätze dieser Ziele in den Voranschlag 2012 eingeflossen sind.

Nebst dem Voranschlag 2012 haben Sie vor einigen Wochen auch die Leistungsaufträge 2012-2015 und das Globalbudget 2012 erhalten. Ich werde Ihnen nun vorab einige Zahlen zur Hochrechnung 2011 präsentieren. Dann möchte ich Ihnen eine kurze Gesamtübersicht für das kommende Jahr aufzeigen. Die einzelnen Zahlen und Daten der 17 Geschäftsfelder (+ Parlament) werde ich nicht kommentieren. Diese sind im Globalbudget 2012 detailliert aufgeführt. Dieses Globalbudget entspricht der Jahresplanung des nächsten Jahres und beinhaltet Globalkredit, die Indikatoren, die Übersicht der besetzten Stellen und die Investitionen. Dieses Globalbudget ist heute Abend in diesem Rat zu behandeln.

Hochrechnung 2011

Für das laufende Geschäftsjahr 2011 wurde im letzten Dezember ein Ertragsüberschuss von 1 Mio. Franken verabschiedet. Wir gehen heute davon aus, dass dieses Ergebnis deutlich besser ausfallen wird. Im September 2011 kommunizierten wir einen Ertragsüberschuss von rund 9 Mio. Franken. Zum positiveren Gesamtergebnis werden vor allem höhere Steuereinnahmen, insbesondere die Grundstückgewinnsteuern beitragen. Die Globalkredite 2011 werden gesamthaft um rund Fr. 2 Mio. überschritten. Dies zufolge Mindereinnahmen in der Parkraumbewirtschaftung. Zusätzliche Mehrausgaben sind im Bereich Soziales festzustellen.

Die aktuelle Hochrechnung anfangs Dezember 2011 zeigt auf, dass wir bei den Grundstückgewinnsteuern etwas tiefer abschliessen, da zwei wichtige Fälle im Berichtsjahr 2011 noch nicht definitiv abgeschlossen werden können. Der im Budget 2011 eingeplante Landhandel Loren wird erst im Januar 2012 spruchreif. Der Buchgewinn von 1,4 Mio. Franken wird deshalb erst nächstes Jahr relevant werden. Die Einnahmen Grundstückgewinnsteuern sowie Buchgewinn Landhandel werden wir jedoch im 1. Quartal 2012 realisieren können. Bei den

Steuerausscheidungen werden wir spürbare Mehreinnahmen generieren können. Aktuell gehen wir heute von einem Ertragsüberschuss von rund 7 Mio. Franken aus.

Voranschlag 2012

Der Voranschlag 2012 präsentiert in der laufenden Rechnung, bei einem Aufwand und Ertrag von je knapp 230 Mio. Franken, ein beinahe ausgeglichenes Ergebnis. Es resultiert ein Erfolg in der laufenden Rechnung von knapp 700'000 Franken. Der Ihnen vor Monatsfrist präsentierte Novemberbrief zeigt nun auf, dass mit einem leicht höheren Ertragsüberschuss von rund 850'000 Franken gerechnet werden kann. Seit gut einer Woche ist bekannt, dass die Vorlage betreffend einer neuen Parkraumgebührenverordnung vom Souverän abgelehnt worden ist. Demzufolge sind beim GF Sicherheit Mindereinnahmen für 2012 so gut wie sicher. Es ist zu beachten, dass wir auch für 2012 (wie in den Vorjahren) eine ausserordentliche Abschreibung von 5 Mio. Franken eingeplant haben. Der Cashflow 2012 wird gemäss unserer Rechnung rund 16 Mio. Franken betragen.

Bei den Investitionen stehen im Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen in der Höhe von 24 Mio. Franken an. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt somit „nur“ rund 65%, was bedeutet, dass wir rund 8 Mio. Franken vom vorhandenen Nettovermögen (siehe finanzpolitische Ziele) beziehen müssen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden 11 Mio. Franken investiert. Im laufenden Jahr 2011 sind es voraussichtlich Fr. 15 Mio. die in der Stadt Uster für Bauten und andere Anschaffungen beansprucht werden. Die Finanzierung der neuen Investitionen im 2012 kann nur noch teilweise mit flüssigen Mitteln vollzogen werden. Wir werden trotzdem im Jahr 2012 ablaufende Darlehen in der Höhe von 6 Mio. Franken zurückzahlen und dadurch die langfristigen Schulden per Ende 2012 auf 20 Mio. Franken reduzieren können. Ein weiterer Abbau der bisherigen Darlehensfinanzierung ist geplant. In einer Zeitphase tiefster Zinsverhältnisse, werden wir im 2012 Terminabschlüsse für neue Darlehen (Fremdfinanzierung) auf 2013 und ff. prüfen, um die in Zukunft anstehenden, hohen Investitionen auch möglichst zinsgünstig finanzieren zu können.

Finanzpolitische Ziele 2010 bis

Die neuen „Finanzpolitischen Ziele“, welche vom Stadtrat im September 2010 genehmigt wurden, sind mehrheitlich in diesen Voranschlag 2012 eingeflossen. Der Voranschlag 2012 mit dem erwähnten Ertragsüberschuss und einer Selbstfinanzierung (Cash flow) von rund 16 Mio. Franken unterstützt die stadträtlichen Finanzziele. Während der folgenden Finanzplanperiode 2013 bis 2015 ist die Einhaltung einzelner Ziele jedoch gefährdet und bedingt somit eine weiterhin grosse Aufmerksamkeit bei der Planung der nächsten Rechnungsjahre. Das hohe Investitionsvolumen der Zukunft muss teilweise aus der Selbstfinanzierung der Haushaltjahre finanziert werden können. Ein gezielter Abbau des Nettovermögens ist dabei miteingeplant und in den finanzpolitischen Zielen auch so definiert. Der angekündigte Ertragsüberschuss des Rechnungsjahres 2011 wird dazu führen, dass das Nettovermögen per Ende 2012, trotz einem Bezug im kommenden Jahr, in etwa den Stand per 31.12.2010 beibehalten wird. Somit gehen wir per Ende 2012 von einem Nettovermögen von weiterhin rund 70 Mio. Franken aus. Für 2013 bis 2015 & ff. wird dann jedoch ein deutlicher Abbau dieses Vermögens für die anstehenden Investitionen notwendig sein.

Würdigung

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Trotz einer Erhöhung der Globalkredite um knapp 6 Mio. Franken präsentiert sich das Ergebnis für 2012, dank guten Steuereinnahmen in der Gemeinde selber und einem erhöhten Steuerkraftausgleich (zufolge dem per 1.1.2012 in Kraft tretenden neuen Finanzausgleich), leicht positiv. Die Steuereinnahmen sind die wesentlichen und wohl wichtigsten Einnahmequellen. Sie sind an dieser Stelle zu würdigen und auch einmal zu verdanken. Wir sprechen in einem Budgetprozess fast immer nur von Ausgaben und Investitionen. Auch während eines Rechnungsjahres werden zahlreiche finanzrelevante Entscheidungen, meist im Ausgabebereich, getroffen.

Die Einnahmen werden dabei als fast selbstverständlich betrachtet. Wussten Sie, dass in der Gemeinde Uster zurzeit rund 19'000 natürliche Personen steuerpflichtig sind? Wussten Sie, dass 22% dieser Steuerpflichtigen für 65% der Steuereinnahmen Usters verantwortlich sind? Nicht nur

diese, sondern alle Steuerzahler sind daran interessiert, dass ihre Steuerzahlungen sinnvoll und verantwortungsbewusst für den laufenden Haushalt und für Investitionen eingesetzt werden.

Aufgrund der neuen Spitalfinanzierung sowie der Netto-Entlastung aus dem neuen Finanzausgleichsmodell beantragt der Stadtrat dem Parlament heute eine Steuerfusssenkung von 2% auf neu 91%. Diese Steuerfusssenkung ist im vorliegenden Budget 2012 eingeplant. Diese Senkung des Steuerfusses ist aus Sicht des Stadtrates vertretbar, da unser Steuerhaushalt durch den Kanton entlastet wurde. Die Reduktion der Steuern ist eine Art Kompensation und schränkt unseren Handlungsspielraum für die laufende Rechnung und die anstehenden Investitionen nicht ein.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir mit bewilligten Voranschlag und neuen Globalkrediten die wichtigen Haushaltgeschäfte und Neu- sowie Ersatzinvestitionen im 2012 tätigen können. Der Stadtrat hat das Budget 2012 sorgfältig und mit grosser Unterstützung der einzelnen Geschäftsfelder erstellt. Ich hoffe, dass mit einer vereinfachten Darstellung „schlankere“ Leistungsaufträge und ein übersichtliches und gut verständliches Globalbudget präsentiert werden konnte. Der Stadtrat dankt Ihnen für ihre Unterstützung und freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Werner Egli, Finanzvorstand der Stadt Uster

Uster, 5. Dezember 2011

Jean-François Rossier

*Sehr geehrter Präsident
Geschätzte Damen und Herren*

An ihrer Sitzung vom vergangenen Montag, hat die RPK den Voranschlag 2012 beraten. Analog den vergangenen Budgetsitzungen, arbeiteten wir uns auch in diesem Jahr durch die einzelnen Geschäftsfelder durch. Dabei mussten vereinzelt Kommissionsanträge behandelt werden, welche in der anschliessenden Budgetbesprechung sicherlich noch die eine oder andere Diskussion mit sich führen werden.

Einführend dürfen wir festhalten, dass sich die RPK gut in der neuen Budget-Darstellungsform zurechtgefunden hat. Die neue, schlanke Darstellungsform hat grundsätzlich nichts an ihrem bisherigen Aussagegehalt verloren.

Doch kommen wir nun auf die Budgetberatung zurück. Bei der Sekundarstufe gab einzig der Steuerfuss Anlass zur Diskussion. Um nicht dem Kommissionsreferat zuvorzukommen sei so viel erwähnt, dass hier zwei unterschiedliche Steuerfussreduktionsanträge gestellt wurden, über welche die RPK befinden musste.

Die Beratung der einzelnen Geschäftsfelder hat zusammengefasst ergeben, dass sämtliche gestellte Anträge, waren dies Kürzungs- oder Erhöhungsanträge, in der RPK keine Mehrheiten gefunden hatten.

Dies führt dazu, dass, auf Basis des Novemberbriefes 2011, der Voranschlag 2012 bezüglich der laufenden Rechnung unverändert auf einem Ertragsüberschuss von CHF 844'000 bleibt.

Ebenfalls unverändert sind die Investitionen des Voranschlages 2012 mit CHF 23'588'000.

Die Leistungsaufträge mit den unveränderten Globalkrediten und der unveränderten Investitionsplanung wurden einstimmig genehmigt.

Diskussionen ergab die abschliessende Beratung des Steuerfusses der politischen Gemeinde. Nebst dem stadträtlichen Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 2% musste die RPK über zwei weitere Anträge befinden:

- *Die Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses von 93%*
- *Die Reduktion des Steuerfusses um 4% auf 89%*

In der abschliessenden Abstimmung, wurden die in der RPK gestellten Anträge gegeneinander ausgemacht. Dabei obsiegte „die Reduktion des Steuerfusses um 4% auf 89%“. In der Schlussabstimmung obsiegte letztlich der stadträtliche Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 2% auf 91%.

Aus Effizienzgründen verzichtet die RPK auf ein eigenes Referat, wenn keine Anträge vorgelegen haben, oder aber die Abstimmungen in der RPK zum gleichen Ergebnis geführt haben wie in den Sachkommissionen.

Die Sachkommissionsreferenten Innen werden die RPK-Ergebnisse in ihre Referate einbauen.

Zum Schluss bedanke ich mich im Namen der RPK beim Stadtrat und der Verwaltung für die Unterstützung und die Beantwortung der unterschiedlichsten Fragestellungen.

Eintretensdebatte

Balthasar Thalmann

*Herr Präsident,
geschätzte Anwesende*

Die SP-Fraktion ist herb enttäuscht über den Voranschlag 2012, den uns der Stadtrat vorgelegt hat. Und dies aus drei Gründen:

- 1. die finanzpolitische Würdigung des Voranschlags durch den Stadtrat ist völlig widersprüchlich*
- 2. beantragt der Stadtrat eine Steuerfussenkung, die jeglicher Grundlage entbehrt; und*
- 3. ist der Stadtrat offensichtlich nicht willens, den Investitionsberg, der mittlerweile über Fr. 60 Mio. angewachsen ist abzubauen.*

Zum 1 Punkt:

Auf Seite 4 des Berichts zum Voranschlag rechnet der Stadtrat stolz vor, wie gut die finanzielle Situation des Stadt Uster ist und dass der Voranschlag 2012 trotz einer kalkulierten Steuerfussenkung um 2% immer noch gut aussähe. Nur 1 Seite oder 53 Zeilen später hält der Stadtrat den Warnfinger in die Höhe: er schreibt dort nämlich, dass mittelfristig die finanzpolitischen Ziele nicht mehr erreicht werden können. Namentlich sinke das Nettovermögen unter einen kritischen Wert, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Grossinvestitionen getätigt sein werden.

Der Stadtrat weiss offensichtlich nicht, ob die Stadt nun arm oder reich ist – oder mit anderen Worten -, ob er Dagobert oder Donald Duck spielen soll. Diese Widersprüchlichkeit der finanzpolitischen Beurteilung ist eine schwache Leistung des Stadtrates.

Besser wird es auch nicht, wenn man die beantragte 2%-ige Steuerfussenkung anschaut. Und damit sind wir beim zweiten Punkt. Eine Steuerfussenkung kommt für uns nicht in Frage, mindestens solange nicht, bis die Investitionen namentlich die Grossprojekte nicht finanzpolitische gesichert sind. Wir werden den Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses stellen. Eine Änderung des Steuerfusses hat nichts mit einem Zurückgeben an die Steuerzahlenden oder mit einer Rabattaktion zu tun; es ist DIE strukturelle Grösse für die Finanzierung des Haushaltes. Wie schon eingangs dargelegt, können wir nicht nachvollziehen, weshalb der Stadtrat eine solche Änderung dieser strukturellen Grösse beantragt, wenn mittelfristig die finanzpolitischen Ziele gefährdet sind.

Mit dem Nein zur Parkplatzverordnung fällt eine weitere Million auf der Finanzierungsseite weg, und zwar längerfristig. Dieser Ausfall ist keine einmalige Sache wie die nun verschobene Refinanzierungsaktion der BVK. Wenn der Stadtrat die Steuerfussenkung tatsächlich auf längerfristige Überlegungen gestützt hätte, so müsste er spätestens heute Abend für eine Beibehaltung des Steuerfusses plädieren. Er macht das – wie gehört – nicht; dies ein indirekter Beweis ist, dass der Stadtrat seinen Steuerfussentscheid aus der Luft gegriffen hat.

Nun zum 3. Punkt – zur Investitionswilligkeit des Stadtrates. Es ist hier in diesem Saal allgemein anerkannt, dass wir einen Investitionsberg von über Fr. 60 Mio. vor uns herschieben. D.h. also, dass wir eigentlich hier und jetzt und ohne Wenn und Aber Fr. 60 Mio. investieren müssen; das ist das was wir in den letzten Jahren verpasst haben.

Diese Zahl fusst auf der allgemein anerkannten Grösse, dass jeweils ein Viertel des einfachen Staatssteuerertrags investiert werde soll. Die logische Konsequenz dieser Tatsache wäre, dass mit aller Kraft Massnahmen an die Hand genommen werden, um diesen Investitionsberg abzubauen. Aber auch in diesem Punkt enttäuscht der Stadtrat.

Statt vorwärts zu machen, steht er auf die Bremse und verschiebt nötige und wichtige Investitionen nach hinten und stellt sogar die Grossprojekte in Frage; wohlverstanden die vier Vorhaben, die er erst noch vor einem halben Jahr als dringlich bezeichnet hat.

Wir von der SP-Fraktion tragen diese Politik nicht mit. Wir stellen deshalb Anträge, die dem dringend nötigen Stadthaus II Schub verleihen soll.

Das Verschieben von Investitionen auf die lange Bank rechnet sich nicht; entweder bezahlt man einfach teure Mieten an Dritte, man produziert ineffiziente Arbeitsabläufe, man investiert zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort oder die Kosten z.B. für eine Sanierung werden durchs Verschieben überproportional höher. So was kann nicht im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie stellen richtig fest: die SP geht mit der gelebten Finanzpolitik des Stadtrates hart ins Gericht. Der Stadtrat ist – um einen ehemaligen Finanzdirektor des Kantons Zürich zu zitieren – dem Steuerfetischismus verfallen; dies geschah bislang nur den bürgerlichen Fraktionen in diesem Saal. Für die anstehenden wichtigen Entscheide in Uster ist dies ein schlechtes Omen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Petra Bättig

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Die Stadt Uster steht heute mit einer soliden Finanzierung da. Dieses Jahr wird mit einem Überschuss von fast CHF 9 Millionen gerechnet und auch im kommenden Jahr ist ein weiterer kleiner Ertragsüberschuss geplant. Der von uns immer wieder geforderte sorgfältige Umgang mit Steuergeldern hat sich offensichtlich bezahlt gemacht. Uster ist bestens gerüstet für die anstehenden Investitionen.

Erfreulich ist auch die erwartete Zunahme des Steuerertrags von Firmen in Uster. Das macht deutlich, dass Uster eben nicht nur eine attraktive Wohnstadt ist, sondern auch ein attraktiver Ort für Firmen. Dies gilt es nun zu erhalten.

Und das hat der Stadtrat unserer Meinung nach mit dem Globalbudget 2012 gemacht. Vielen Dank für diese gute Arbeit an alle Stadträte und die Abteilungen, speziell an den Finanzvorstand. Neben dem Inhalt möchten wir auch die neue Form lobend erwähnen. Das Budget wurde gestrafft und ist nun übersichtlicher. Es hat uns die Arbeit erleichtert – und hat sich sehr positiv auf die Dauer unserer Sitzungen ausgewirkt!

Sorgen bereiten uns immer noch die weitere starke Aufwandsteigerung mit einer Erhöhung der Globalkredite um 6.3%. Diese Kosten müssen weiter genau im Auge behalten werden. Auch wenn uns bewusst ist, dass viele diese Kosten von aussen vorgegeben sind, so muss doch einerseits geprüft werden, wie die vorgegebenen Spielräume möglichst effizient genutzt werden können. Andererseits müssen diejenigen Posten, welche von der Stadt selbst bestimmt werden können, umso sorgfältiger budgetiert werden.

Trotzdem finden wir, dass der Stadtrat hier eine gute Arbeit geleistet hat und uns ein solides und vernünftiges Budget präsentiert. Anträge zu einzelnen Posten, seien dies Erhöhungen oder Kürzungen, werden wir deshalb nicht unterstützen.

Bei der Leistungsmotion werden wir die Variante ‚Energie Uster AG‘ unterstützen. Damit würde in der Stadt Uster auf einen Schlag doppelt so viel Solarstrom bezogen wie bisher. Die Stadt kann damit eine gewissen Vorbildfunktion wahrnehmen und zugleich wird damit die Nutzung von nachhaltigen Energien aktiv gefördert. Die anfallenden Mehrkosten, wegen den tieferen Stromkosten für Solarstrom ab 2012 wären dies nur noch knapp CHF 140'000, finden wir deshalb absolut gerechtfertigt.

Auch die geplante Steuersenkung finden wir –gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten - ein wichtiges positives Signal. Eine Reduktion bringt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern direkt mehr verfügbares Einkommen. Allerdings sind wir der Meinung, dass die geplante Steuersenkung von 2% etwas gar vorsichtig budgetiert ist. Mit dem sehr hohen Ertragsüberschuss im 2010, der neuen Spitalfinanzierung und den BVK-Sanierungsbeiträgen von CHF 1.3 Millionen, welche neu erst im 2013 anfallen, steht das Budget 2012 noch besser als geplant da. Dies lässt Raum für eine grössere Steuersenkung. Die Stadt Uster ist schliesslich keine Bank, welche das Geld von ihren Einwohnerinnen und Einwohnern horten muss! Ein tiefer Steuerfuss entlastet die Firmen und Steuerzahler von Uster und macht Uster noch attraktiver. Er ist gut für das Gewerbe und die Wirtschaft – und damit für unsere Arbeitsplätze. Wir werden deshalb eine Steuersenkung von 4% fordern.

Bereits vor zwei Jahren haben wir die Steuern gesenkt. Die damaligen Gegner auf der linken Seite haben das Jahr 2011 in den schwärzesten Farben gemalt und grosse Defizite prognostiziert – nun wird 2011 wohl mit einem sagenhaften Gewinn von CHF 8.8 Millionen enden. Stellen Sie sich vor, welchen Überschuss wir mit dem höheren Steuerfuss hätten....

Auch die Sekundarschule Uster steht heute finanziell sehr gut da. Mit einem grossen, während den letzten Jahren angehäuften, Eigenkapital, ist auch die Sekundarschule Uster bestens für die Zukunft mit den geplanten Investitionen gerüstet. Auch hier besteht Raum für eine Steuersenkung. Wir werden deshalb hier den Antrag aus der RPK unterstützen, die Steuern auf neu 18% zu reduzieren.

Bei beiden Anträgen hoffen wir auf die Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen aus SVP, CVP und auch der GLP. Hier zeigt sich, wie bürgerlich und wie wirtschaftsliberal eine Partei ist. Uster geht es heute gut. Wir wollen, dass dies auch so bleibt, denn Uster soll eine attraktive Wohn- und Arbeitsstadt bleiben. Das ausgewogene Budget und ein - von Ihnen hoffentlich mitunterstützter - tiefer Steuerfuss tragen dazu bei.

Petra Bättig

Claudia Bekier

SVP/EDU-Fraktion

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Voranschlag 2012 mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 0,85 Mio. im Grundsatz positiv zur Kenntnis.

Die beantragte Steuerfussenkung begrüssen wir. Damit bleibt Uster, trotz verschiedener Zentrumsfunktionen, steuerlich konkurrenzfähig.

Den vorgeschlagenen unveränderten Steuerfuss der Sekundarstufe Uster betrachten wir hingegen kritisch. Einmal mehr hat es die SSU verpasst, ihren Beitrag zur Attraktivitätssteigerung dieser Stadt zu leisten und lenkt im Budget 2012 mit übertriebenen Investitionstätigkeiten von einer längst notwendigen Steuerfussreduktion ab.

Erfreulich ist die Entwicklung der Steuereinnahmen 2011 der juristischen Personen.

Die SVP/EDU-Fraktion erwartet nun vom Stadtrat, dass Uster für die Wirtschaft noch attraktiver wird und sich so der Anteil der Steuereinnahmen juristischer Personen weiter positiv entwickelt.

Eine gute Bewirtschaftung und Pflege der KMU's in Uster - und damit verbunden - dieser Einnahmenseite ist eine wichtige Voraussetzung.

Generell haben die gesamten Steuereinnahmen in den letzten Jahren, trotz Steuersenkungen, kontinuierlich zugenommen. Es darf davon ausgegangen werden, dass sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren noch fortsetzen wird. Dem ist jedoch einmal mehr kritisch entgegen zu halten,

dass jeder Mehrertrag an Steuereinnahmen durch den stetig wachsenden, städtischen Personalaufwand beinahe gänzlich verbraucht wird.

Die Stadt Uster plant in naher Zukunft die Realisierung verschiedener Grossprojekte (u.a. Sanierung Hallenbad, Erstellung Schulhaus Krämeracker). Der Stadtrat sieht dadurch Teile der neuen finanzpolitischen Ziele gefährdet. Die SVP/EDU-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat, trotz dieser beträchtlichen Investitionen, die Einhaltung der finanzpolitischen Ziele konsequent verfolgt. Hier setzen wir eine umsichtige Investitions- und allenfalls Verzichtsplanung voraus.

Gegenüber dem Voranschlag 2011 weist das Budget für 2012 eine Kostenzunahme von rund CHF 6 Mio. aus. Dieser Trend der Kostenentwicklung ist leider nach wie vor ungebrochen. Ein grosser Anteil der Kostensteigerung stammt erneut aus dem Bereich Bildung.

Grundsätzlich befürworten wir ein attraktives Bildungsangebot. Geld, das wir heute in die Ausbildung investieren, wird sich in der Zukunft in Form von gut ausgebildeten Fachkräften auszahlen. Wir wehren uns aber entschieden gegen Luxusvarianten bei Schulhausbauten, Tagesstrukturen und im Bereich der Sonderpädagogik. Die scheinbar unaufhaltsame Kostenentwicklung bei der PS muss nun zumindest gebremst werden. Wir werden hier entsprechend Antrag stellen.

Aufgrund der Tendenz, dass die jährlichen Ausgaben stetig zunehmen wird erwartet, dass sich der Stadtrat von Uster auch einmal Gedanken über die Einnahmenseite macht. Gute Steuerzahler, seien dies private oder juristische, wollen heute ebenfalls aktiv bewirtschaftet und betreut werden.

5.12.2011

SVP/EDU-Fraktion

Claudia Bekier, Fraktionspräsidentin

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Dunkle Wolken zeichnet der Stadtrat in seinem Bericht zum Voranschlag. In Bezug auf das Nettovermögen pro Einwohner sind die finanzpolitischen Ziele des Stadtrates akut in Gefahr. Bis 2015 wird das heute noch vorhandene Nettovermögen fast vollständig aufgebraucht sein, „obschon bis dann noch nicht sämtliche Grossprojekte finanziert sein werden“, wie der Stadtrat schreibt.

Ein genügend grosses Finanzpolster ist wichtig. Gerade das aktuelle Budget zeigt – nach dem Novemberbrief etwas weniger ausgeprägt –, dass nicht beeinflussbare Faktoren die Aufwandseite um mehrere Prozente anschwellen lassen können. Und eine seriöse Finanzpolitik darf in diesem Fall nicht darauf bauen, dass einmalige positive, aber ebenso unbeeinflussbare Umstände die sprunghaft steigenden Kosten grad wieder decken.

Aber es geht nicht nur darum, dass Nettovermögen und die damit die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Es geht auch darum, zum Beispiel, die guten Leistungen des städtischen Personals zu honorieren und die jahrelange Sparpolitik im Personalbereich über Bord zu werfen. Die Mitarbeiterunzufriedenheit wächst im Gleichschritt mit den Burnouts bei Mitarbeitenden.

Geld in der Kasse zu haben ist auch wichtig, wenn man sich aktiv um den Erwerb von Liegenschaften bemühen will oder kurzfristig auf eine Verkaufsofferte reagieren muss. Wer die Entwicklung der Stadt steuern will, muss Grundbesitzer sein. Wie es bei der Gestaltung der Stadt herauskommt, wenn die Stadt kein eigenes Land zum Bauprojekt beisteuern kann, zeigt uns tagtäglich der Kern Nord.

Weiter ist die Stadt nach der Volksabstimmung vom 27. November im Umweltbereich mehr denn je gefordert. Der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoss in der Stadt müssen ab jetzt kontinuierlich gesenkt werden. Das ist wohl nicht ganz gratis zu haben.

Und schliesslich erfordert die Umsetzung des von dritter Seite erarbeiteten Velokonzepts finanzielle Mittel, die nicht einfach durch Einsparungen andernorts generiert werden können.

Zu diesen Themen werden die Grünen im Laufe der Debatte Stellung nehmen, selber Anträge einbringen oder gestellte Anträge unterstützen. Insbesondere werden die Grünen den Antrag stellen, den Steuerfuss auf den bisherigen 93% zu belassen.

Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne

Benno Scherrer

Grünliberale zum Budget 2012: Grünliberale fordern Sicherung des mittelfristigen Ausgleichs statt kurzfristiger Steuersenkung

Das stadträtliche Budget 2012 präsentiert sich mit einem Ertragsüberschuss von 0.7 Mio als ausgeglichen. Die Finanzplanung für die folgenden Jahre weist aber steigende Defizite aus. Daher ist die vorgeschlagene Steuerfussenkung nach Ansicht der Grünliberalen nicht angezeigt. Sie wird vom Stadtrat auch nicht hinreichend begründet.

Nach dem letzten Wochenende fallen nun auch noch budgetierten Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung weg – der Ertragsüberschuss ist damit bereits wieder weg – und jede Senkung hier und heute kann nicht seriös begründet werden.

Die Grünliberalen fordern deshalb, auf die kurzfristige und kurzfristige Steuerfussenkung zu verzichten und stehen für einen stabilen Steuerfuss ein. Es wurde argumentiert, wir hätten ein Vermögen, nun müsse das zurückgegeben werden – es wird nicht gesagt, wir laufen in 2 – 3 Jahren klar in die roten Zahlen – dann müssten wir also wieder massiv rauf mit den Steuern – und je nach dem, wie die Investitionen verwirklicht werden, werden die Ausschläge noch grösser.

Jetzt deutlich mit dem Steuerfuss runter, dann wieder heftig rauf – das ist vielleicht auf der Chilbibahn am Ustermarkt lustig und gewünscht, einem städtischen Budget aber nicht angemessen.

Einer Steuerfussenkung würden wir Grünliberale gerne zugestimmen, wenn nicht nur kurz, sondern auch mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden könnte.

Natürlich sieht es schön aus, wenn auch Uster auf einer Übersichtskarte in der Presse als „mit einer Steuerfussenkung“ eingefärbt erscheint. Die Grünliberalen werden aber den Verdacht nicht los, dass es bei der vorgeschlagenen Senkung in erster Linie nur darum geht. Mit Nachhaltigkeit hat das wenig zu tun und widerspricht klar den Finanzzielen, die sich der Stadtrat selber auferlegt hat.

Wir müssen nur zwei Jahre weiter in die Zukunft schauen: Der SR sagt selber, dass „mittelfristig „die Erreichung der finanzpolitischen Ziele gefährdet sei“ – und das ist je nach Szenario bereits ab 2014 der Fall. Die Defizite ab 2013 können nur durch eine gestaffelte Investitionspolitik und Verzichtsplanung vermeiden werden. Der selbst auferlegte Zielwert Nettovermögen darf nicht unterschritten werden.

Aber bereits für 2013 rechnet der Stadtrat selber mit einem Ausgabenüberschuss, der in den folgenden Jahren (2015) bereits auf fast 6 Millionen ansteigen wird.

Eigentlich wäre jetzt tatsächlich Zeit für eine Steuerfussenkung – und andere Gemeinden machen diese auch vor. Der Wegfall der Spitalfinanzierung durch die Stadt und die Mehreinnahmen durch den neuen Finanzausgleich und werden jedoch bereits weitgehend wieder durch neue Auflagen und Ausgaben bei der Primarschule aufgewogen.

Der erneute Versuch bei der Primarschule Gelder nicht zu bewilligen, wird dazu führen, dass Angebote gestrichen werden – ohne dass wir mitreden können, welche. Und es werden nicht einfach Sammelkosten gesenkt, sondern es wird wohl an den Leistungen geschraubt, welche die Kinder und Eltern zu spüren bekommen.

Ein Stadthaus 2 brauchen wir jetzt wirklich nicht zu planen – entsprechende Gelder sind nicht einzustellen. Die Dammstrasse muss wirklich nicht jetzt saniert werden. Weitere Lohnerhöhungen werden wir nicht mittragen.

Kurz:

Die Stadt Uster kann und darf sich auch weiterhin nicht alles leisten. Um dem Nachdruck zu verleihen, haben auch wir mit einer Steuerfussenkung geliebäugelt, die auf den ersten Blick ja auch wirklich angezeigt erschien.

Wir sind aber gegen kurzfristiges Denken und reine Symbolik und werden uns für den bisherigen Steuerfuss – oder in der Ausmarchung für eine gemässigte Senkung aussprechen.

Auch von der SSU wird eine Steuerfussenkung gefordert.

Walter Meier

Sehr geehrter Präsident

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Stadtrat präsentiert einen Voranschlag 2012, der mit einem leichten Überschuss rechnet. Es wird mit rund 15 Mio. Cash flow (inkl. Spezialfinanzierungsbereiche) gerechnet. Dies ist für die EVP die wichtigste Grösse im Budget. Diese 15 Mio. Cash flow braucht es, damit die langfristig vertretbaren Investitionen finanziert werden können. In den nächsten Jahren ist das Investitionsvolumen zwar höher (als 15 Mio.), doch wurde in den letzten 10 Jahren die Verschuldung abgebaut und das Eigenkapital geäufnet, womit für ein paar Jahre auch höhere Investitionen durchaus vertretbar sind.

Was die EVP ganz besonders freut, ist die Tatsache, dass die Aufwandsteigerung nicht höher ist, als sie aufgrund der Teuerung und des Bevölkerungswachstums sein dürfte.

Bei der Investitionsplanung fällt auf, dass sehr viele kleinere Projekte anstehen. Nach dem Abschluss der Grossprojekte „Sanierung Pflegezentrum im Grund“ und „ARA“ werden im 2012 die nächsten grösseren Projekte (Hallenbad, Schulhaus Krämeracker) geplant. Es macht deshalb Sinn, dass etliche jeweils zugunsten der grossen Projekte zurückgeschobene Investitionsvorhaben im 2012 ausgeführt werden.

Einzig die geplante Steuerfussreduktion um 2 % stösst bei der EVP auf Unverständnis, werden doch in der Finanzplanung 2013 – 2015 Defizite bis zu 5 Mio. prognostiziert.

Walter Meier, EVP-Gemeinderat

Balthasar Thalmann ergreift nochmals das Wort und hinterfragt, wer denn schwarze Wolken am Finanzhimmel gezeichnet hat, und unter anderem beim DAZ gekürzt oder auch den Vorstoss betreffend Integrationspolitik nicht angenommen? Das war die bürgerliche Ratsseite, nicht wir.

LA Parlamentarische Dienste

Für die Kommission referiert **Thomas Wüthrich**.

Erstmals wurde die frühere LG Parlament als eigener Leistungsauftrag im Bericht aufgeführt. Noch ist nicht alles so wie es sein sollte, aber ein grosser Schritt in die richtige Richtung wurde gemacht.

Die Seiten unter Littera „A“ gaben weniger inhaltlich als formal zu Diskussionen Anlass. Mit wem muss die Kommission den Leistungsauftrag besprechen? Wer ist formal für die Erstellung des Voranschlages verantwortlich? Und wer macht faktisch die Arbeit für das Budget?

Die Exekutive tritt dezidiert für eine eigenständige Betrachtung des LA Parlament und damit die tatsächliche Gewaltentrennung ein. In der Kommission herrschte nicht wirklich Einigkeit darüber, wie weit die Gewaltentrennung tatsächlich gelebt werden sollte.

Immerhin geben die Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung klare Anweisungen:

- *die Geschäftsleitung des GR ist für die Erarbeitung und Antragstellung des Leistungsauftrages „Parlament“ zuständig.*
- *der Leistungsauftrag ist folglich von der KÖS mit der Geschäftsleitung des GR zu diskutieren.*
- *Das Präsidium des Gemeinderates ist zudem dafür verantwortlich, dass die im LA genannten Ziele auch erreicht werden. Insbesondere obliegt ihm die operative Führung des Parlamentssekretariats. Dessen Aufgaben sind ebenfalls im Leistungsauftrag definiert.*

Nun, die Geschäftsleitung des Gemeinderates hat sich der Fragestellung bereits angenommen und ist bestrebt, diese Vorgaben mittelfristig umzusetzen.

Eine inhaltliche Änderung ergibt sich noch infolge der Abstimmung vom 23. Oktober. Mit der Auflösung der BRK sind die 10 Stellenprocente des BRK-Sekretariats im LA Parlament nicht mehr notwendig. Die Parlamentsdienste werden folglich nur noch mit 0,8 Stellen dotiert sein. Die dadurch resultierende Kosteneinsparung ist bezogen auf den gesamten Globalkredit allerdings gering und muss in der Darstellung nicht korrigiert werden.

Die KÖS hat den Leistungsauftrag Parlament einstimmig genehmigt.

Im Auftrag der RPK darf ich noch anfügen, dass die RPK den Leistungsauftrag Parlament ebenfalls einstimmig angenommen hat.

Für die KÖS

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission referiert **Thomas Wüthrich**.

Grundsätzlich gab das Geschäftsfeld zu keinen grösseren Diskussionen Anlass. Grund dafür war ein umfangreicher Fragenkatalog, der von der Verwaltung ebenso umfassend wie detailliert beantwortet worden war. Trotzdem sei auf ein paar Punkte kurz eingegangen.

Der Kommission fiel auf, dass der Globalkredit 2012 im Vergleich zum Budget 2009 um knapp 1'000'000.- Franken höher ausfällt. Der Mehraufwand konnte von der Verwaltung nachvollziehbar und transparent im Wesentlichen mit Kostenverlagerungen begründet werden.

Zieht man diese Mehrkosten in Betracht, dann beträgt der Unterschied zwischen dem Budget 09 und dem Budget 2012 noch rund 140 k.

Stadtschreiber und Stadtpräsident wiesen in ihrer Antwort zur Kostenentwicklung zudem darauf hin, dass die Kosten in diesem Geschäftsfeld in Zukunft weiter steigen könnten. Das GF Steuerung und Führung ist die Schaltstelle der Verwaltung. Die Ansprüche an das Personal werden weiter wachsen. Die Ressourcen zur Bewältigung der Aufgaben sind aber bereits heute am Limit. Vor diesem Hintergrund ist die geplante, von dritter Seite durchgeführte Personalumfrage von einigem Interesse. Die Studie wird über die Mitarbeiterinnen-Zufriedenheit detailliert Auskunft geben können.

Insgesamt kann für das Geschäftsfeld folgende Prognose gestellt werden: Soll die Qualität der Dienstleistungen nicht sinken und soll sich das städtische Dienstleistungsangebot im Gleichschritt mit dem Wachstum der Stadt entwickeln, sind zusätzliche personelle Ressourcen notwendig.

Aufgrund der kantonalen Gesetzgebung muss die Stadt Uster im GF Steuerung und Führung im nächsten Jahr ein grösseres Projekt umsetzen: die Öffentlichmachung der Informationsbestände der Stadt. Jede Bürgerin, jeder Bürger soll sich in Zukunft einen Überblick verschaffen können, welche Informationen in welcher Form in der Verwaltung überhaupt vorhanden sind. Dabei werden aber die konkreten Inhalte nicht publik gemacht. Diese nicht kleine Aufgabe versucht das GF mit den vorhandenen personellen Ressourcen zu bewältigen.

Zuletzt sei an dieser Stelle der Verwaltung wie der Exekutive einmal mehr für die gute und transparente Zusammenarbeit gedankt. In dieser Form erachten wir die Zusammenarbeit als sehr konstruktiv und erspriesslich.

Die KÖS hat den Globalkredit für das Geschäftsfeld Steuerung und Führung einstimmig genehmigt.

Für die KÖS

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Markus Wanner

Antrag GF Steuerung und Führung / Gesamtverwaltung:

Personalkosten – individuelle Lohnerhöhung

Für individuelle Lohnerhöhungen werden 0,8 % zur Verfügung gestellt. Die Lohnsumme wird um CHF 320'000.- erhöht.

Begründung

Für individuelle Lohnerhöhungen sind 0,4 % vorgesehen. Diese Kosten sind nicht im Voranschlag enthalten, da sie aus den Rotationsgewinnen finanziert werden sollen. Eine Lohnerhöhung um 1

Stufe gemäss kantonalen Lohntabellen entspricht in etwa 1,5 %. Dies bedeutet, dass nur jede 4. Mitarbeiterin resp. Mitarbeiter für eine individuelle Lohnerhöhung berücksichtigt werden könnte. Erfahrungsgemäss werden aber mehr als ein Viertel der Mitarbeitenden mit der Qualifikation „gut“ oder „sehr gut“ qualifiziert. Eine Quote von 0,4 % bedeutet daher, dass selbst Mitarbeitende mit sehr guten Qualifikationen in der Mitarbeiterbeurteilung keine individuelle Lohnerhöhung erhalten. Mit einer Quote von 0,8 % könnte etwa die Hälfte der sehr gut Qualifizierten eine individuelle Lohnerhöhung erhalten. Eine Wertschätzung an die Mitarbeitenden, welche nach der abgelehnten Ferieninitiative weiterhin als eine der wenigen Branchen nur vier Wochen Ferien haben.

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Geld allein macht nicht glücklich und Geld allein ist auch nicht der entscheidende Motivationsgrund, im Job die bestmögliche Leistung zu erbringen. Aber eine individuelle Lohnerhöhung wird von den Angestellten im Allgemeinen als Wertschätzung der geleisteten Arbeit wahrgenommen.

Und das Personal der Stadt Uster hat in den letzten Jahren sicher gut bis sehr gut gearbeitet. Die Wertschätzung von politischer und öffentlicher Seite hingegen blieb oft aus. So erstaunt es nicht, dass die Mitarbeiterzufriedenheit in den letzten Jahren gesunken ist, während arbeitsbedingte Ausfälle zunehmen. Und die Grünen erwarten mit Spannung die von Externen durchgeführte Mitarbeitenden-Befragung im kommenden Jahr. Diese wird wohl Aufschluss darüber geben, dass das Personal insgesamt am Limit oder darüber hinaus ist.

Angesichts dessen, dass das Personalbudget in den letzten Jahren vom Gemeinderat nicht wirklich üppig dotiert wurde, verdient die Leistung des städtischen Personals gerade in wirtschaftlich bewegten Zeiten eine unmissverständliche Anerkennung.

Die Grünen unterstützen daher den Antrag der SP, für individuelle Lohnerhöhungen 0,8 statt 0,4% der Lohnsumme zur Verfügung zu stellen.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 : 11 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

GF Bürgerrecht und Dienste Präsidiales

Für die Kommission referiert **Wolfgang Harder**.

Im Vorfeld wurde den zuständigen Amtsstellen ein umfangreicher Fragekatalog zugestellt, der von der Verwaltung klar und nachvollziehbar beantwortet wurde.

Die ausgewiesenen Kostensteigerungen im Globalkredit fallen im Rahmen aus und sind mehrheitlich durch die normalen Kostensteigerungen zu erklären.

Aufstockung Stadtammann- und Betreibungsamt um eine Stelle.

Vorgesehen ist eine zusätzliche Stelle. Diese wird offenbar nötig, weil die Arbeitslast enorm zugenommen habe. Geplant ist, die Kosten für diese zusätzliche Stelle neutral zu halten, indem mehr Einnahmen generiert werden. Aufgrund der zur Verfügung gestellten Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass diese Kostenneutralität erreicht werden kann. Berücksichtigt werden müssen indessen auch noch Kosten, die sich aus einer stattlichen Anzahl übernommener Überstunden, die abgebaut werden müssen, ergeben könnten.

Klärungsbedarf gab es auf der Seite C/2, Wert BU von 112K in der Zeile GF Bürgerrecht und Dienste Präsidiales. Der Gesamtaufwand für das GF Bürgerrecht und Dienste Präsidiales ist für 2012 mit 112'200 Franken budgetiert. Der Budgetwert 2011 betrug nur 66'680 Franken, mithin eine Differenz von +45'520 Franken Anstieg von 2011 auf 2012.

Erklärt wurde dies wie folgt:

Gesamtaufwand 2012	112'200 Franken
Gesamtertrag 2012	0 Franken (keine interne Verrechnung Personalertrag geplant)
Budgetwert 2012	112'200 Franken

Gesamtaufwand 2011	98'480 Franken
Gesamtertrag 2011	31'800 Franken (Falschbudgetierung 32k interne Verrechnung Personalertrag)
Budgetwert 2011	66'680 Franken

Offenbar basieren die im Budget 2011 ausgewiesenen 31'800 Franken interne Verrechnung Personalertrag auf einem Automatismus der Finanzen. Dieser war falsch und wurde korrigiert.

Geklärt werden konnte auch C6 zu K 13, Wert BU 12, Anzahl Fälle pro Mitarbeitenden: Hier ist es so dass der angeführte Wert von 1278 nicht korrekt ist, da er sich noch auf die 9 Mitarbeitenden bezog. ($11500/9 = 1278$). Der Budgetwert K13 beträgt neu (bezogen auf 10 Mitarbeitende) = 1150.

Die Frage der internen Verrechnungen gab auch bei anderen Budgetpunkten zu Fragen Anlass. So z.B. beim Bereit LG Friedensrichter, Seite CF. Auch basieren die Kostensteigerungen auf Mehrausgaben für interne Verrechnung (Informatikmittel +3).

Die LG Info Uster steht personell unter Druck. Daher wird ein digitales Informationssystem geplant, mit welchem eine raschere und genauere Orientierung der Kunden angestrebt wird. Die Planung läuft zwar, doch sind relevanten Details noch nicht erkennbar. Daher ist auch noch kein eigener Budgetposten aufgelistet.

Ausdrücklich gelobt werden muss die konstruktive und sehr offene Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Exekutive. Die Fragen werden offen und kompetent beantwortet und alles in allem zeigt sich, dass die Verwaltung gute Arbeit leistet und die Kosten im Griff hat.

Für die KÖS

Wolfgang Harder

Gemeinderat, CVP

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Kultur

Für die Kommission referiert **Gabi Seiler**.

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Anwesende

Das GF Kultur beantragt unter Berücksichtigung der Beschluss Nr. 449 einen Globalkredit in der Höhe von CHF 3'327'000, was gegenüber dem Budget 2011 eine Zunahme von CHF 131'000 bedeutet. 47 % des Globalbudgets entfallen auf die Leistungsgruppe güter.kultur, also auf die Bibliotheken, 36 % auf die Leistungsgruppe sozio.kultur also dem Bereich rund um die Jugendförderung, Jugendhaus, Vereine etc. Die Budgeterhöhungen sind hauptsächlich den Bereichen Stadtbibliothek und Stadtarchiv zuzuordnen.

Bei der Stadtbibliothek betrifft die Erhöhung rund CHF 31'000, davon CHF 11'000 Erhöhung Medienkredit und CHF 20'000 für den Bereich Veranstaltungen; in der Bibliothek sind für alle Zielgruppen, d.h. Kinder ab 3 bis Erwachsene, 24 Veranstaltungen geplant. Sachlich betrachtet machen beide Erhöhungen Sinn, unschön ist allerdings, dass mit genau diesen Kürzungen im Vorjahr eine 30 % Informatikstelle als „kostenneutral“ geschaffen wurde.

Die zweite markantere Erhöhung betrifft das Stadtarchiv mit CHF 95'000.-, davon sind CHF 30'000 für eine Standort-Studie mit dem Ziel einer Raumplanung mit langfristigem Zeithorizont vorgesehen, der Rest für die Anmietung und Ausbau von zusätzlichen Räumlichkeiten. Aktuell benötigt das Stadtarchiv rund 80 Laufmeter zusätzlichen Raum pro Jahr. Die in der ursprünglichen Weisung eingestellten CHF 500'000 in der Investitionsplanung für eine neue Lösung mit ausreichenden Platzverhältnissen wurden gem. Beschluss Nr. 449 aufgrund einer intern gefundenen Lösung zumindest einstweilen wieder gestrichen.

Im Bereich Jugend / Jugendförderung wird eine unter dem Namen „Gross rauskommen in Uster“ eine neue Infoplattform für Jugendliche geschaffen, Hauptaugenmerk ist eine neue Internetseite über die sich Jugendliche über Angebote und Beratungen informieren können. Budget für dieses Projekt sind CHF 50'000.

In der Investitionsplanung verbleiben nach der obenerwähnten Streichung bezüglich Stadtarchiv noch Nettoinvestitionen von Minus CHF 202'000. Im Detail: CHF 100'000 Rest Qubus abzügl. CHF 302'000 was dem durch den Lotteriefonds in Aussicht gestellten Betrag entspricht.

Zum Schluss bezüglich swissjazzorama noch einen Blick in die Zukunft: Im jetzt vorliegenden Budget ist lediglich der übliche Unterstützungsbeitrag vorgesehen. Es ist jedoch geplant das swissjazzorama in eine neue Stiftung zu überführen, die Stadt Uster soll sich am Gründungskapital beteiligen, die Höhe kann heute noch nicht beziffert werden, Betrag dürfte allerdings sechsstellig sein.

Das GF wurde in der Kommission einstimmig angenommen. Innerhalb der RPK hat dieses GF zu keinen nennenswerten Diskussionen geführt, weshalb auf ein separates Referat seitens RPK verzichtet wird.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Finanzen

Für die Kommission referiert **Markus Wanner**.

Das Geschäftsfeld Finanzen beantragt einen gegenüber dem Vorjahr einen leicht tieferen Globalkredit von CHF 955'000.-.

In der Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen wird ein Ertragsüberschuss von CHF 1,5 Mio. beantragt, dies ist eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von CHF 394'000.-, zurückzuführen auf tiefere Kapitalzinsen.

In der Leistungsgruppe Steuern, ohne Steuereinnahmen, wird ein Ertragsüberschuss von CHF 43'000.- budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr sind dies CHF 167'000.- weniger, Grund sind die höheren Beiträge an den Kanton für Quellensteuer-Veranlagungen und Mindereinnahmen bei der Bezugskostenentschädigung. Diskutiert wurde das Vorgehen bei Steuerabschreibungen. Betragsmässig müssen rund 0,5% der Steuern abgeschrieben werden. Steuern werden auf Basis resp. Vorgabe der Weisung der Finanzdirektion abgeschrieben.

Die Leistungsgruppe Informatik beantragt einen Globalkredit von CHF 1'653'000.-, eine Steigerung von CHF 323'000.-. Dies ist auf Mehrkosten beim Ausbau des Netzwerkes, der Integration der Heime und generelle Mehrkosten aufgrund gestiegener Erwartungen zurückzuführen, welche nicht intern verrechnet werden können. Für den Ausbau der Serverinfrastruktur und des Netzwerkes sowie der Releasewechsel des Betriebssystems und der Office-Software sind im Investitionsprogramm CHF 830'000.- budgetiert.

Erwähnenswert sind die ausserordentlichen Abschreibungen von CHF 5 Mio. Es handelt sich hier um einen finanzpolitischen Entscheid. Damit sollen die hohen Investitionen möglichst schnell abgeschrieben werden.

Einstimmige Genehmigung in KÖS und RPK.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Liegenschaften

Für die Kommission referiert **Markus Wanner**.

Das Geschäftsfeld Liegenschaften beantragt einen Globalkredit von CHF 3,8 Mio., das sind CHF 1,6 Mio. mehr als im Vorjahr. Der grösste Teil des höheren Globalkredites resultiert aus dem letztjährigen Buchgewinn des Baulandes Loren von CHF 1,4 Mio.

In der Leistungsgruppe Baumanagement wurde einmal mehr über die Unterhaltskosten diskutiert. Als anerkannte Messgrösse für den Indikator 105 „Unterhaltskosten in % des Gebäudeversicherungswertes“ gelten 2 %. Trotzdem führt dieser Indikator jedes Mal zu Diskussionen, da er entweder tiefer oder dann höher ausfällt und dies immer begründet werden kann, warum dies so sei. Aus strategischer Sicht des Gemeinderates ist dies unbefriedigend. Es wurde deshalb der Antrag gestellt, den Indikator 105 wie folgt zu ändern: „Durchschnittliche Unterhaltskosten in % des Gebäudeversicherungswertes der strategischen Gebäude seit 2000“. Der Antrag wurde in der KÖS und in der RPK einstimmig genehmigt.

In der RPK wurden zu den Investitionen 2 Anträge gestellt:

- *Für die Projektierung des Stadthauses II (Inv.-Nr. 5) werden CHF 500'000.- in den Voranschlag der Investitionsrechnung aufgenommen.*
- *Das Projekt Gesamtsanierung Dammstrasse (Inv.-Nr. 7) wird aus dem Investitionsprogramm 2012 gestrichen*

Beide Anträge wurden in der RPK abgelehnt.

Der Leistungsauftrag und der Globalkredit wurden in der KÖS einstimmig genehmigt.

Anträge

Antrag KÖS auf Änderung Indikator 105: I 05 neu: Durchschnittliche Unterhaltskosten in % des Gebäudeversicherungswertes der strategischen Gebäude seit 2000. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Markus Wanner

Antrag 1: GF Liegenschaften: Investitionsrechnung – neu Stadthaus II

Für die Projektierung des Stadthauses II (Inv.-Nr. 5) werden CHF 500'000.- in den Voranschlag der Investitionsrechnung aufgenommen.

Begründung

Die Stadtverwaltung hat zu wenig Platz. Viele Dienstleistungen und Arbeitsplätze wurden bereits ausgelagert, entweder in eigene Liegenschaften oder in private Liegenschaften zur Miete. Durch die vielen Standorte werden die Abläufe komplexer, dauern länger und sind teurer. Jährlich fallen gemäss Indikator 106 auf Seite F/6 der Leistungsaufträge 2012-2015 externe Mietkosten von CHF 475'300.- an. Mit dem Wachstum von Uster werden weiterhin tendenziell mehr Arbeitsplätze benötigt. Auch übernimmt die Stadt Uster zusätzliche Aufgaben, welche richtigerweise auch in einen Bezirkshauptort zusammengefasst werden sollen, wie z.B. die Zusammenlegung des Betriebsamtes oder die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Bis ein Stadthaus II bezugsbereit ist dauert es, dauert es von der Planung bis zum Bezug mehr als 10 Jahre, das sind Erfahrungswerte aus anderen Städten. Gemäss Investitionsplanung ist die Projektierung von 2011 auf „ab 2016“ verschoben worden, d.h. irgendwann einmal wenn überhaupt. Bis dahin werden wir immer mehr externe Mieten bezahlen müssen, bald werden wir 1 Steuerprozent dafür einsetzen müssen. Die Projektierung des Stadthauses II frühestens in 4 Jahren verhindert zudem eine optimale Planung weiterer städtischer Gebäudesanierungen wie z.B. die Sanierung der

Dammstrasse, denn wenn wir nicht möglichst schnell wissen, welche Räumlichkeiten wir wo für welche Dienstleistungen brauchen, bleibt das ein teures Flickwerk.

Antrag 2: GF Liegenschaften: Investitionsrechnung - Gesamtanierung Dammstrasse

Das Projekt Gesamtanierung Dammstrasse (Inv.-Nr. 7) wird aus dem Investitionsprogramm 2012 gestrichen.

Begründung

Die Sanierung der Liegenschaft Dammstrasse ist unbestritten. Wie die Liegenschaft genutzt werden soll, kann aber nicht unabhängig vom Projekt Stadthaus II entschieden werden. Mit dem Stadthaus II sollen die besten Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, da gehören alle ausgelagerten Dienstleistungen und Standorte dazu. Daher sollen zuerst mit dem Projekt Stadthaus II alle Bedürfnisse abgeklärt werden, bevor in anderen Liegenschaften vermutlich definitive Nutzungen von Verwaltungsabteilungen festgelegt werden.

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Rund eine halbe Million jährlich gibt die Stadt Uster im Moment aus, um Abteilungen, die nicht im Stadthaus Platz finden, in privaten Liegenschaften unterbringen zu können.

Kapitalisiert man diesen Mietzins mit einem Zinssatz von rund 4% - was gemäss der Hypothekenbörse den Konditionen für eine Hypothek mit 20 jähriger Laufzeit entspricht – könnte man also einen Bau von 12,5 Mio hinstellen! Hätten in diesem Gebäude nicht alle Abteilungen Platz, die bislang aus dem Stadthaus ausgelagert wurden?

Darum ist zuerst zu prüfen, wie das Stadthaus II auszusehen hat und was dort untergebracht werden soll, bevor man in andere Liegenschaften investiert.

Die Grünen unterstützen deshalb den Antrag der SP, in der Investitionsrechnung zum GF Liegenschaften die Projektierung für das Stadthaus II auf 2012 vorzusehen und damit jener für die Dammstrasse vorzuziehen.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Abstimmung Antrag der KÖS

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

den Antrag anzunehmen.

Abstimmung über den Antrag 1 der SP-Fraktion:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 : 11 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Abstimmung über den Antrag 2 der SP-Fraktion:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 19 : 14 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Eine Bemerkung zur Kennzahl K06 auf der Seite F/3:

Verwundert reibt man sich die Augen, dass bei der Kennzahl K06 „Kauf von Grundstücken“ eine glatte Null aufgeführt ist. Kann es sich die Stadt Uster nach dem Debakel beim Kern Nord tatsächlich leisten, keinen wirklichen Einfluss zu nehmen auf das, was und wie gebaut. Der Kern Nord hat gezeigt, dass ein Gestaltungsplan allein keine Garantie ist, die Entwicklung der Stadt wirklich mitzubestimmen.

Der Stadtrat hat ja daraus gelernt, da er der Entwicklung des Zeughausareals Mitbesitzer werden will, um wirklich mitbestimmen zu können. War das jetzt nur ein einmaliger Geistesblitz? Warum nicht weiter so mit dieser Strategie?

Andere Städte schreiben das in ihrer Liegenschaftspolitik so fest, so z.B. die Heimatgemeinde unseres Ratspräsidenten. Der Stadtrat von Luzern schreibt:

„Um eine aktive und systematische Liegenschaftspolitik betreiben zu können, ist es nötig, dass sich die Stadt am freien Immobilienmarkt beteiligt. ... [Es] ist darauf zu achten, dass die Stadt ... in sämtlichen Quartieren über einen gewissen Grundbesitz verfügt.“

Und wie schnell Liegenschaften oftmals verkauft werden, zeigte sich am Swisscom-Gebäude oder am Kino Central. Das heisst, um im konkreten Fall reagieren zu können, sollte bei der Kennzahl nicht eine Null stehen. Oder anders gesagt: Die Stadt soll mit einer Zahl grösser als Null signalisieren, dass sie interessiert ist am Erwerb von Grundstücken. Und vielleicht meldet sich gerade deshalb ein verkaufswilliger Liegenschaftsbesitzer von sich aus bei der Stadt.

So wird die Stadt weniger das Opfer der Spekulation, wenn Grundstücke von privater Seite aufgekauft werden, im Wissen darum, dass die Stadt in der Umgebung wertsteigernde Investitionen tätigen wird.

Die Grünen nehmen die Null bei der Kennzahl K06 – wie im Voranschlag betitelt – als Information zur Kenntnis. Wir hoffen aber, dass dann in der Rechnung 2012 eine Zahl grösser als Null erscheint.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Werner Egli ergreift nochmals das Wort und führt an die Adresse von Thomas Wüthrich aus, dass es nicht so einfach ist, Grundstücke zu Nicht-Spekulationspreisen zu erwerben. Er appelliert an den Gemeinderat, sollte jemand zu verkaufende Liegenschaften wissen, dies doch dem Stadtrat mitzuteilen. Man müsse aufpassen, dass Grundstücke nicht in den öffentlichen Handel geraten, sonst erreicht die Preissteigerung ungeahnte Höhen. Oft sind langwierige Verhandlungen nötig, um Grundstücke ausserhalb von Spekulationen zu erwerben. Aber Private verkaufen natürlich lieber zum bestmöglichen Preis. Die Kennzahl K06 wird aber sicher höher als Null sein.

Keine Wortmeldungen mehr erwünscht.

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission referiert **Balthasar Thalmann**.

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Das GF Infrastrukturbau und Unterhalt beantragt ein praktisch gleich hoher Globalkredit fürs 2012 wie für das laufende Jahr, nämlich über Fr. 5,4 Mio. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

Erlauben Sie mir dennoch ein paar Ausführungen zur Diskussion in der KPB:

In der LG Werterhaltung steht auf Seite G4 im stadträtlichen Beschluss, dass der Indikator IO „Kundenzufriedenheit Bentuzer Hafenanlagen“ neu nur noch alle 10 Jahre erhoben werden soll statt alle 5 Jahre. Die KPB ist jedoch einstimmig der Meinung, dass der Erhebungsrhythmus von 5 Jahren beibehalten werden muss. Dies aus zwei Gründen: 1. Bei einer Erhebung alle 10 Jahre diene der Indikator nicht mehr als Steuerungsinstrument und 2. Dieses Geschäftsfeld hat die KPB erst kürzlich der Wirkungs- und Leistungsüberprüfung unterzogen. Dort kamen wir zum Schluss, dass der Indikator und die Erhebungsmethodik gut ist.

Gefragt wurde zur LG ARA Uster auf Seite G/8, weshalb denn der Indikator IO „Reinigungseffekt Gesamt Phosphor bezogen auf Rohwasser“ mit der neuen ARA nicht höher angesetzt werden könne. Die Antwort des Stadtrates war die, dass beim Betrieb der ARA ein Optimum der Reinigungsleistung angestrebt werde; die 95% entspräche diesem Optimum. Dennoch sei nicht zu vergessen, dass mit der neuen ARA insgesamt weniger Phosphor in den Greifensee geleitet werde, da es deutlich weniger Entlastungen bei Regenwetter gäbe.

Zu diskutieren hat die Investitionsrechnung gegeben:

Zum einen das Investitionsvorhaben Nr. 59 „Instandsetzung Strassenbeleuchtung“. Damit wird eine neues Investitionskonto geschaffen, aus dem der offenbar notwendige Ersatz der Strassenbeleuchtungen finanziert werden soll. Die KPB hat diesen Posten kritisch diskutiert. Die Ausführungen des Stadtrates konnte sie folgen, dass im 2012 Ersatz von Strassenbeleuchtungen vorgenommen werden müssen. Sie hat jedoch auch verlangt, dass der Stadtrat im 2012 den Sanierungsbedarf ausweist und ein Sanierungskonzept vorlegt. Darauf gestützt ist der künftige Mittelbedarf zu bestimmen.

Das Vorhaben Nr. 83 „Aufhebung Flurwege“ ist dafür vorgesehen, dass die im Baugebiet noch vorhandenen Flurwege aufgehoben, d.h. in Gemeindestrasse überführt werden können. Diese Flurwege befinden sich häufig noch im Eigentum von Flurweggenossenschaften oder im Miteigentum und ist eine Hürde bei der Realisierung von angrenzenden Bauvorhaben. Der Stadtrat möchte mit externer Unterstützung dieses Problem nun angehen und setzt dafür Geld ein.

Einzelne Kommissionsmitglieder haben ihrem Missmut Kund getan, dass der Stadtrat offensichtlich notwendige Sanierungsvorhaben auf der Zeitachse nach hinten schiebt. Nach Ansicht dieser Kommissionsmitglieder werden damit Sanierungen nur verschoben aber nicht aufgehoben. Es komme dem Vorherschieben eines Investitionsberges gleich. Andere Kommissionsmitglieder zeigten für diese Verschiebungen Verständnis, wenn damit die finanzpolitischen Ziele des Stadtrates besser erreicht werden könnten und solange der Zustandsindex der Strassen im grünen Bereich läge. Der Stadtrat hat sich dahingehend geäußert, dass die personellen Ressourcen sowieso nicht für mehr Investitionen ausreichen. Und so landeten wir bei der Diskussion, ob die Abteilung Bau hierfür denn mehr Personal bräuchte. Zu einem Ergebnis sind wir in dieser Sache aber nicht gekommen.

Das war dann auch schon der ganze Zauber in der KPB. Wie gesagt, empfiehlt die KPB den Voranschlag des GF Infrastrukturbau und Unterhalt einstimmig zur Annahme. Dasselbe tut die RPK.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Stadtraum und Natur

Für die Kommission referiert **Simone Michel**.

Globalkredit

Der Globalkredit ist um rund 289 000 Fr. tiefer budgetiert als fürs 2011 und beträgt somit 4.271 Mio. Grund dafür sind vor allem die für einmal tieferen Kosten für den ZVV.

Ein paar Bemerkungen zu den Seiten H/1- H/6:

H/1

Einleitung

Im Zuge der Aufarbeitung der Mängelliste zum Radwegnetz bezüglich Sicherheit sowohl den fehlenden Abstellplätzen für Velos werden auch im 2012 Arbeiten ausgeführt.

H/2

Investitionsplanung

Zur Diskussion Anlass gab nicht der um rund 450 000 Franken höhere Betrag in der Investitionsplanung, sondern deren Verwendung für die Sanierung von Bootsplätzen, die bis anhin nie zur Diskussion standen. In der Kommission wurde bedauert, dass weiterhin für das ganze Gebiet Schifflände keine Gesamtschau gemacht wird, sondern anfallende Arbeiten und Planungen in Salamtaktik angegangen und umgesetzt werden.

H/3

LG Stadt- und Verkehrsplanung

Die Kostensteigerung der LG Stadt- und Verkehrsplanung ist gemäss Walter Ulmann dadurch zu erklären, dass die neue RZO (Regionalplanung ZO) häufiger Sitzungen hat und auch die Metropolitankonferenz, an welcher die Stadt Uster vertreten ist, kostet.

Nach genaueren Abklärungen zu einem Indikator, welcher im Prozess der Wirkungsprüfung vorgeschlagen worden war, bleibt die LG Stadt- und Verkehrsplanung weiterhin indikatorenlos. Weil diesen zu ermitteln zu viel Aufwand geben würde. Nun ist der Ball zurück bei der Verwaltung, geeignete Indikatoren zu suchen.

H/4- H/6

LG Natur und Landwirtschaft und LG Forstwirtschaft

Ein paar wenige Zahlen des Ist 09 und Ist10 wurden vergessen, wieder aufzuführen oder wurden falsch aufgeführt und sind nun korrigiert.

In der Kommission wurde das Geschäftsfeld einstimmig angenommen.

RPK-Referat

Anlässlich der RPK-Sitzung sind im GF Stadtraum und Natur keine zusätzlichen Fragen bzw. Anträge gestellt worden, weshalb das RPK-Referat entfällt.

Herzlichen Dank an Herrn Andreas Frei und seine MitarbeiterInnen der Abteilung Bau

Danke für die Aufmerksamkeit

Simone Michel

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Hochbau und Vermessung (inkl. Leistungsmotion Nr. 514, Ökostrom)

Für die Kommission referiert **Rolf Denzler**.

*Bericht KPB betr. GF Hochbau und Vermessung
GB 2012/LA 2012-2015*

Der Globalkredit für das GF ist in etwa gleich wie im Vorjahr.

Anlässlich der Kommissionsberatung wurde auf die Stellenerhöhung in der Leistungsgruppe Baubewilligung und -beratung eingegangen.

Die Zahl der Baugesuche ist steigend. Verbunden damit sind auch mehr baurechtliche Entscheide und Rekurse. Die fristgerechte Behandlung der Baugesuche wird zum Problem. Zurzeit ist ein Bauinspektor angestellt. Wenn dieser ausfällt, müssen die Baukontrollen durch die Sachbearbeiter vorgenommen werden. Dadurch ist auch die Kanzlei stark belastet.

Mit einem zusätzlichen Bauinspektor kann eine bessere Kontrolle generiert und eine Entlastung der Kanzlei bewirkt werden. Die neue Stelle umfasst 50 % Baukontrollen, 20 % Bauberatungen und 30 % Baubewilligungen.

Die neue Stelle ist für die Kommission ausgewiesen.

Die Erhöhung der Personaldotation wird über eine Erhöhung der Gebühren im Baubewilligungsverfahren finanziert. Bei dieser Gebührenanpassung ist das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip gewahrt. Die Erhöhung ist moderat und Uster kommt mit den neuen Gebühren ins Mittelfeld der Gemeinden zu liegen.

Bezüglich der Leistungsmotion Nr. 514 bevorzugt die Kommission die Strom-Mix-Variante der Energie Uster AG (95 % Aquastrom/2,5 % Aabachstrom/2,5 % Solarstrom) und zieht diese Variante dem Vorschlag des Stadtrates vor. Die Kommission empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig (9:0) die Variante der Energie Uster AG.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB hat einstimmig (9:0) das Globalbudget und den Leistungsauftrag des GF Hochbau und Vermessung gutgeheissen.

Anlässlich der RPK-Sitzung wurden im GF Hochbau und Vermessung keine relevanten Fragen und Anträge gestellt.

Dem Antrag der Sachkommission bezüglich der Leistungsmotion Nr. 514 wurde einstimmig Folge geleistet.

5.12.2011/Rolf Denzler

Leistungsmotion Nr. 514. Ökostrom

Benno Scherrer ergreift als Motionär das Wort. Er ist für den Umsetzungsantrag von Energie Uster AG, zu 100 % auf erneuerbare Energien zu setzen, schade ist, dass das Sparpotential im stadträtlichen Bericht zu wenig ausgelotet worden ist. Man erfährt zwar, dass in der PSU 30 % Sparpotential im Serverraum besteht und 50 % im PC-Bereich, aber Details sind unbekannt. Die Mehrkosten sind vertretbar, wenn Uster voll auf erneuerbare Energien setzt. Er dankt für die Unterstützung des Antrages, die Variante Strom-Mix Energie Uster AG zu befürworten.

Simone Michel

Stellungnahme der Grünen zu Umsetzung der Leistungsmotion 514 Ökostrom

Die Primarschule, die Sek. Schule und die Verwaltung wird zu 100% aus erneuerbare Energien Strom beziehen. Der Vorschlag der Energie Uster auf einen Strommix für die Stadt Uster mit 95% Aquastrom, 2.5% Aabachstrom und 2.5% Solarstrom findet in der Kommission und in der RPK 100% Zustimmung. Bravo! Das ist vorbildlich! Wir sind also gut unterwegs, das Energiestadt Gold-Label zu erreichen – das ist Standortmarketing!

– Damit kommt die Stadt Uster auch einem Teil der ihr am 27. Nov. mit Gegenvorschlag zur Initiative „Umweltschutz konkret“ übertragenen Verpflichtung nach. Denn zur Erinnerung: Mit dem neu in der GO verankerten Art. 1 Abs. c) verpflichtet sich die Stadt Uster zu einer kontinuierlichen Reduktion des Co2-Ausstosses. Dass die Stadt auf 100% erneuerbare Energie umsteigt, bringt uns einen grossen Schritt dieser Zielsetzung näher.

In Art. 1 Abs. 4 d) verpflichtet sich die Stadt Uster zur Förderung von erneuerbaren Energiequellen. Die Annahme eines Strommixes mit Solarenergie wird einen Solaranlagenbauboom in Uster auslösen, wie es sich viele EinwohnerInnen wünschen, was auch auf S. 1/ 7 in der vorliegenden Weisung vermerkt ist.

Die Mehrkosten für das Beziehen von 100% erneuerbarem Strom sind gering und können durch das Stoppen von unnötigem Energieverschleudern verringert werden. Auf S. 1/9 sind aus den Bereichen Informatik, Liegenschaften und Infrastrukturbau und Unterhalt einige bis heute versäumte Möglichkeiten aufgeführt, die in nächster Zukunft angegangen werden.

Im Gegenvorschlag zur Initiative „Umweltschutz konkret“ Art. 1 Abs. 4 b) wird eine kontinuierliche Reduktion des Energieverbrauchs pro Person gefordert.

Hier müssen wir dran bleiben und schauen, ob sich mit den erwähnten technischen Massnahmen und dem Anreiz, aus Kostengründen weniger Strom zu brauchen, eine Trendwende eingeläutet wird. Oder ob weitere Massnahmen nötig sind.

*Fazit: Ein wichtiger Meilenstein ist mit der Annahme der neuen Strom-Mix-Variante für die Primarschule, Sek. schule und die Verwaltung gesetzt. Der Weg zu einer Reduktion der Stromverschleudung und zum Absenken des Co2-Ausstosses wird aber weiterhin viel gemeinsames Engagement brauchen. Wir Grünen sind gespannt auf die Entwicklung und beantragen die **Variante 4**, um auch dem Energieverschleudung durch finanziellen Anreiz dagegen zu halten.*

Für die Grünen

Simone Michel

Der Vorsitzende erläutert das Vorgehen. Zuerst werden der Sachkommissionsantrag auf Favorisierung der Strom-Mix-Variante Energie Uster AG gegen den Antrag der Grünen (Strom-Variante 4) ausgemacht. Der obsiegende Antrag wird dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 26 : 7 Stimmen

den Antrag der Sachkommission anzunehmen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

den Antrag der Sachkommission anzunehmen.

Abstimmung über die Erheblicherklärung der Leistungsmotion:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 1 Stimmen

die Leistungsmotion für erheblich zu erklären.

GF Koordination Bildung

Für die Kommission referiert **Marianne Siegrist**.

Am 10. November 2011 hat sich die Subkommission (Anita Borer, Luzia Thaler, Walter Meier und Marianne Siegrist) mit den Vertretern der Primarschule (Stadträtin Sabine Wettstein, Leiter Schulverwaltung Herr Vanza, Herr Stüssi, Rechnungsführer und Fredy Ulmer, Verantwortlich für die Finanzen seitens Primarschulpflege) für ein Gespräch getroffen. Herzlichen Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

GF Koordination Bildung

Im Betrag von 108'000 Franken des GF Koordination Bildung ist vor allem der Lohnanteil des Schulpräsidiums enthalten.

Musikschule

Im geplanten neuen Rahmenvertrag werden die zu erbringenden Leistungen umschrieben und nicht mehr das konkrete Angebot. Hingegen wird neu im Jahreskontrakt das Angebot konkretisiert und die Finanzierung festgelegt. Der neue Rahmenkontrakt muss durch alle vier beteiligten Exekutiven genehmigt werden.

Die Mietkosten von CHF 56'000 sind diesmal bei der Musikschule direkt belastet. Vor allem damit kann die leichte Erhöhung der Kosten begründet werden.

Die Schülerzahlen werden gleich wie im laufenden Jahr budgetiert.

Primarschulverwaltung

Die Zunahme von rund CHF 240'000 Franken setzt sich einerseits zusammen aus 50% Projektmitarbeit des bisherigen Leiters PS (das Stellenetat wird dadurch aber nicht erhöht) und andererseits durch Weiterbildungskosten, Informatikinfrastruktur, Übernahme der eigenen Druckkosten und dem geplanten Umbau des Schalterbereichs. Geplant ist eine Entflechtung der Anlaufstelle Tagesstrukturen und Primarschule. Dadurch kann die Kundendienstleistung verbessert werden.

Das Globalbudget 2012 des GF Koordination Bildung wurde von der KBK einstimmig mit 8 : 0 Stimmen angenommen.

In der RPK wurden keine Anträge gestellt, ein RPK Referat entfällt.

*Marianne Siegrist, Kommission Bildung und Kultur
29. November 2011*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Sicherheit

Für die Kommission referiert **Stefan Kern**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Nach der Ablehnung der neuen Parkgebührenverordnung durch die Ustermer Bevölkerung anlässlich der Abstimmung vom 27. November 2011 fällt der Mehrertrag von rund CHF 1 Mio. für 2012 weg. Im Verlauf des kommenden Jahres wird eine neue Parkgebührenverordnung ausgearbeitet, welche jedoch voraussichtlich nicht vor 2013 in Kraft treten wird.

Der budgetierte Globalkredit beträgt unter Einbezug des November-Briefes 2011 des Stadtrates neu CHF 3'516'000.--. Dies entspricht in etwa dem Globalkredit für 2011 von CHF 3'602'000.—(inkl. bereits damaligem Einbezug des Mehrertrages aus der neuen Parkgebührenverordnung).

Die Kostenreduktion des Globalkredites um rund CHF 100'000.— für 2012 ist vorallem auf die Einsparungen bei der Stadtpolizei zurückzuführen. Und dies trotz der erweiterten Einsatzzeiten von täglich 06.00 Uhr bis 24.00 Uhr. Die Einsparungen konnten vorallem bei der Ausbildung von Rekruten gemacht werden, da inzwischen keine Rekruten mehr auszubilden sind, da der Vollbestand der Stadtpolizei erreicht ist.

Zudem werden erste Erfahrungen mit der Videoüberwachung am Bahnhof Uster gesammelt.

Der Globalkredit von CHF 3'516'000.— wurde sowohl von der KöS als auch von der RPK einstimmig angenommen.

*Nänikon, 29. November 2011
Stefan Kern
Gemeinderat Uster*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Publikumsdienste

Für die Kommission referiert **Stefan Kern**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Der budgetierte Globalkredit für 2012 beträgt unter Einbezug des November-Briefes 2011 des Stadtrates neu CHF 1'170'000.--. Dies entspricht in etwa dem Globalkredit für 2011 von CHF 1'159'000.--.

Das Projekt Registerharmonisierung konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Der Aufwand durch die Einführung der biometrischen Ausländerausweise ist deutlich gestiegen. Die daraus entstehenden Zusatzkosten sind im Globalbudget 2012 berücksichtigt und sollten zu keinen Budgetüberschreitungen führen. Die korrekte Erfassung aller lebenden Personen im Personenstandsregister wird auftragsgemäss bis Ende 2012 abgeschlossen sein.

Der Globalkredit von CHF 1'170'000.— wurde sowohl von der KöS als auch von der RPK einstimmig angenommen.

*Nänikon, 29. November 2011
Stefan Kern
Gemeinderat Uster*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission referiert **Bea Mischol**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratkollegen
Geschätzte Anwesende*

*Die Neuordnung der Pflegefinanzierung hat erhebliche Auswirkungen auf die Zusatzleistungen AHV/IV. **Grund ist die Eigenfinanzierung der Betroffenen.***

Die Anzahl der Bezüger wird auch 2012 weiter anwachsen. Der Betrag den die Stadt Uster zu tragen hat wird auf zusätzlich 700'000.- Fr. veranschlagt. Nationale Bestimmungen bei Ergänzungsleistungen haben zur Folge, dass die Stadt Uster über keinen Entscheidungsspielraum verfügt.

Die Familienergänzende Betreuung wird bis 2015 laufend ausgebaut. Die Erweiterung der Platzerhöhung wird durch den Ausbau der Bestehenden Trägerschaften und neuen Trägerschaften erfolgen. Der Ausbau mit neuen Trägerschaften ist aber auf gutem Weg. Zusätzlich wird ein Betrag von Fr. 225'000.- für neue Plätze ausgewiesen. Damit erhöht sich die Anzahl platzierter Kinder von 380 auf insgesamt 400.

Die grösste Veränderung wird die Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzes ab 2013 (KESB). Dies verlangt einen Aufbau der entsprechenden Behörde. Die Stadt Uster wird die Trägerverantwortung für die Gemeinden Greifensee, Egg, Mönchaltorf, Volketswil und Schwerzenbach übernehmen. Das Einzugsgebiet umfasst ca. 70'000 Einwohner. Etwa die Hälfte der Kosten an der neuen Fachbehörde hat die Stadt Uster zu tragen

Die LG Vormundschaftsbehörde wird ab 2013 aufgehoben.

Die KESB gehört neu in das GF Soziale Sicherheit.

Für den Aufbau der KESB sind 750'000.- Fr. budgetiert. Es wird mit 15 Arbeitsplätzen gerechnet. Die Investition für Büroinfrastruktur und Büroeinrichtung ist eher hoch, entspricht aber den allgemeinen Erfahrungen für Arbeitsplätze mit ausserordentlichen Diskretions- und Sicherheitsansprüchen. An den Investitionskosten beteiligen sich die Anschlussgemeinden über die Miete.

Die Zunahme von 4,2 Stellen ist mit dem Aufbau der KESB begründet.

*Der Zuwachs **beim Globalkredit** beträgt 1,3 Mio. Fr. Die Kostensteigerung ist auf die Zunahme von Zusatzleistungen im Bereich AHV/IV begründet. Im Betrag ist auch die Finanzierung von Platzierungen in Sonderschulheimen berücksichtigt.*

Die BVK wird erst nächstes Jahr saniert, deshalb fällt der Betrag von 18'000 Fr. weg.

Bei den Sozialversicherungen wurden die Wirkungs- und Leistungsziele auf Grund der neuen Vorgaben für die Erstellung der Globalbudgets angepasst.

NEU IST die Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Dienstleistungserbringern bei Sozialen Problemstellungen.

Die Leistungsziele werden im Jahr 2012 für das Globalbudget 2013 festgelegt.

Die Indikatoren und Kennzahlen der KESB werden ebenfalls im Jahr 2012 für das Globalbudget 2013 festgelegt.

*Aus der RPK gibt es keine Bemerkungen.
Deshalb beantragen wir zur Annahme.*

Für den Gemeinderat Bea Mischol und Hans Keel

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Gesundheit

Für die Kommission referiert **Hilda Schelldorfer**.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Am 28. Oktober 2011 trafen sich die Subkommissionsmitglieder Hilda Schelldorfer und Ivo Koller mit Stadträtin Esther Rickenbacher. Anhand der schriftlich eingereichten Fragen wurden uns bereitwillig und umfassend Auskünfte erteilt. Anschliessend liess uns Abteilungsleiter Claude Hunold die Antworten in schriftlicher Form zukommen.

GF Gesundheit, Seite N/1

Für das Jahr 2012 wird für das gesamte Geschäftsfeld ein Globalkredit von TCHF 544 beantragt, welcher um TCHF 39 über dem Vorjahr liegt. Diese Erhöhung ist insbesondere auf die Anpassung der internen Verrechnungen und die klare Abgrenzung der Personalkosten zwischen der LG Lebensmittelkontrolle und der LG Abfall und Umwelt zurückzuführen. Im Stellenplan wird für das gesamte GF Gesundheit unverändert mit 7.2 Stellen gerechnet.

Die Entwicklung der abteilungsübergreifenden Wort-/Bildmarke „Gesundheitsstadt“ ist mit der Gründung eines Trägervereins vorangetrieben worden. Momentan werden Fragen und Kriterien im Hinblick auf die Verleihung des Labels Gold, Silber oder Bronze geklärt.

LG Abfall und Umwelt, Seiten N1 und N/2

inkl. Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung, Seite B – 10

Alle Einnahmen und Ausgaben dieser Leistungsgruppe werden über die „Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung“ abgerechnet, weshalb im Globalbudget GF Gesundheit dafür keine Kosten enthalten sind. Es werden 25 Sammelstellen betrieben. Der Leistungsauftrag 2012 – 2015 entspricht den bisherigen Vorgaben und kann als angemessen beurteilt werden.

Von den für die Erneuerung und Erweiterung der Hauptsammelstelle geplanten Investitionskosten 2012 – 2015 in der Gesamthöhe von TCHF 900 ist im Investitionsbudget 2012 eine erste Tranche von TCHF 100 für externe Planungsarbeiten sowie für anfallende Wettbewerbskosten vorgesehen.

Die wöchentliche Grüngutabfuhr wird durch den bereits beschlossenen Wegfall der Gebühren ab 1.1.2012 gratis durchgeführt. Daneben werden auch die Kehrrechtgrundgebühren gesenkt, was trotzdem bei der „Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung“ noch zu einem budgetierten Ertragsüberschuss 2012 von TCHF 156 führen sollte. Damit kann der bereits in beträchtlicher Höhe vorhandene Bestand der Spezialfinanzierung weiter erhöht werden.

LG Lebensmittelkontrolle, Seiten N/1 und N/3

Infolge Änderung der internen Verrechnungen werden bei dieser LG die Kosten (gemäss Seite N/1) um TCHF 48 auf TCHF 116 sinken. Aufgrund der bereits eingespielten Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich werden dieselben Zielvorgaben auch für die Stadt Uster übernommen.

Antrag an den Gemeinderat:

Die KSG und auch die RPK haben diesen Leistungsauftrag 2012 – 2015 und den Globalkredit 2012 von TCHF 544 einstimmig angenommen und empfehlen dem Gemeinderat die Genehmigung.

Für die KSG:

Hilda Schelldorfer und Ivo Koller

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Betreutes Wohnen

Für die Kommission referiert **Peter Wüthrich**.

*Sehr geehrter Präsident
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
werte Anwesende*

Die Besprechung der Subkommission 'GF Betreutes Wohnen' fand am 24.10.2011 statt, das Geschäftsfeld wurde in der Kommission am 31.10.2011 behandelt. Auskunft gaben uns Frau Esther Rickenbacher (Stadträtin), Herr Bernhard Liepelt (Leiter Heime Stadt Uster), Frau Silvia Tavaretti (Leiterin Spitex). Wir danken der Verwaltung, dass sie sich für die Beantwortung unserer Fragen die nötige Zeit genommen hat.

GF Betreutes Wohnen (Seiten 01 – 04)

Einleitung (Seite 01)

- *LG Spitex
Die Änderung in der Bildungssystematik bekommt nicht nur die LG Spitex zu spüren. Das Besondere in dieser LG ist, dass die Mitarbeiter ständig unterwegs sind und die Ausrichtung auf die neue Systematik dadurch schwieriger zu bewerkstelligen ist.*
- *Ausbildungskoooperation
Vor kurzem kam der Kooperationsvertrag mit den Kooperationspartnern Wagerenhof, Spital Uster, Heime Stadt Uster und der Spitex zustande. Damit wurde ein grosser Meilenstein erreicht. Ab 2012 erfolgt die Erarbeitung der Vertragsumsetzung, ab 2013 die eigentliche Umsetzung.*

Globalkredit (Seite 01)

- *LG Heime Stadt Uster
Gemäss dem neuen Pflegegesetz werden die Infrastrukturkosten inkl. Abschreibungen eingerechnet. Da der Umbau / Neubau des Dietenrains bereits 2008 auf Null (0) abgeschrieben wurde, entsteht in dieser Leistungsgruppe ein buchhalterischer Gewinn, der mit einer negativen Zahl ausgedrückt wird. Dieser Effekt wird sich in den kommenden Jahren verlieren.*
- *Spital Defizit- und Sockelbeiträge
Die Spitalkosten werden ab 01.01.2012 durch den Kanton übernommen. Im Gegenzug muss die Gemeinde die Pflegekosten vollständig übernehmen, d.h. der Kantonsbeitrag fällt dort weg. Der hier eingestellte Betrag dient dazu, um nötige Abgrenzungen machen zu können.*

Investitionsplanung (Seite 02)

Als grösseres Vorhaben ist die Sanierung des Eingangsbereichs der Heime im Grund geplant. Bei den übrigen Investitionen handelt es sich um Projekte mit einem Budget unter CHF 100'000.-.

LG Heime Stadt Uster (Seite 03)

Wirkungs- und Leistungsziele (Seite 03)

- *Z05 – Ausbildungs- und Praktikumsplätze
Die mögliche Anzahl angebotener Plätze hängt von der Anzahl zur Verfügung stehender Berufsbildner/innen ab. Zurzeit stehen eher viele Berufsbildner/innen zur Verfügung, so dass die angebotenen Plätze in beiden Leistungsgruppen ca. 20% der Stellen ausmachen.*

Kennzahlen (Seite 03)

- *K04 – Auswärtige Heimbewohnende
Die stark rückläufige Zahl täuscht, sie widerspiegelt keinen langfristigen Trend. Das Jahr 2010 war ein Ausnahmejahr. Mit dem Abschluss des Umbaus wurden die wieder zur Verfügung*

stehenden Pflegeplätze vermehrt durch auswärtige Heimbewohnende genutzt. Es wird erwartet, dass die Pflegeplätze im 2012 wieder vermehrt von Ustermer/innen genutzt werden wird.

Der Anteil der auswärtigen Heimbewohnenden hat für die Stadt Uster keine finanziellen Konsequenzen, da die Kosten der Heime der Stadt Uster beim Normdefizit liegen. Die Kosten, die das Normdefizit übersteigen, müssten von der Stadt Uster selber getragen werden.

LG Spitex (Seiten 04)

Indikatoren (Seite 04)

- *I01 – Arbeitsstunden Pflege*
Die Zahl hat sich stärker entwickelt, als die Anzahl Klient/innen (Kennzahl K01). Dies liegt am gestiegenen Aufwand pro Person und an der mehrfachen Inanspruchnahme der angebotenen Pflegeleistung.
- *I02 – Arbeitsstunden psychiatrische Fachpflege*
Diese Arbeitsstunden werden neu separat ausgewiesen, um die Entwicklung verfolgen zu können. Es wird mit einem steigenden Bedarf gerechnet. Trifft dies zu, kann der Bedarf in absehbarer Zeit nur durch mehr Personal abgedeckt werden.

Der vorgelegte Leistungsauftrag und das dazugehörige Globalbudget wurden sowohl von der Kommission wie auch von der RPK einstimmig gutgeheissen.

*Peter Wüthrich
KSG-Mitglied*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Sport

Für die Kommission referiert **Markus Bürki**.

*Sehr geehrter Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

*Die Besprechung des GF Sport hat am 27.10.2011 stattgefunden.
Wir danken allen Beteiligten für das angenehme Gespräch.*

*Das GF Sport beantragt für das Jahr 2012 einen Globalkredit von 2'623 TFr. Das ist leicht mehr als im Vorjahr was vor allem auf die neue Sekretariatsstelle zurück zu führen ist welche den Geschäftsfeldleiter entlasten wird.
In der Investitionsplanung steht ein Betrag von 1'720 TFr.*

Die Werbeeinnahmen sollen neu auf verschiedene Tranchen aufgeteilt werden und belaufen sich nur noch auf 50'000 CHF. Die Abteilung Gesundheit hat einen neuen Interessenten gefunden, welcher sich auf Provisionsbasis um die Vermarktung kümmern wird.

Je nach Unterhaltsarbeiten und Investitionen nehmen die Kostendeckungsgrade ab. Wenn viel investiert wird und Sanierungen anstehen, dann sinken die Kostendeckungsgrade. Das GF Sport ist extrem Wetterabhängig. Bei einem schönen Sommer steigen also die Kostendeckungsgrade an.

Rund um die Sportanlage Buchholz finden jährlich rund 230 kleinere und grössere Sportanlässe statt.

Die Kompetenz der Mitarbeitenden des GF Sport, bei der Reservierung Vorbereitung und Durchführung von Anlässen, wird sehr geschätzt. Diesen hohen Standard möchte man beibehalten. Einzelne Teile der Anlagen auf dem Buchholz sind durchgehend zugänglich, was die Bevölkerung nutzt.

Die Anlage wird mit dem geplanten neuen Hallenbad noch attraktiver werden. Und dereinst wird auch der Fussball auf dem Buchholz stattfinden, was eine weitere Verdichtung der sportlichen Aktivitäten mit sich bringt.

Die Lautsprecheranlage wird spätestens im Sommer 2012 ersetzt werden.

Frühschwimmen wird es ab der Freibad-Saison 2012 zweimal pro Woche geben und zwar von 07:00 bis 09:00 Uhr. Diese Dienstleistung kann ohne Anstellung von zusätzlichem Personal erfolgen.

Das erweiterte Angebot für Nutzer des Sportpasses ist noch nicht fix geklärt. Es muss mit allen möglichen Partnern gleichzeitig verhandelt werden. Mögliche Nutzergruppen sind grundsätzlich alle Wassersportinteressierten denkbar.

Die zwei tragischen Badeunfälle wurden professionell bearbeitet und begleitet. Die Sicherheitsmassnahmen beim Sprungturm wurden angepasst und es hat neu eine zusätzliche Person welche die Badegäste Beobachtet ohne dass die Kosten damit gestiegen wären.

Das Budget wurde in der KBK und der RPK einstimmig genehmigt.

Markus Bürki

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Sozialhilfe

Für die Kommission referiert **Walter Strucken**.

*Es wird mit einem **Globalkredit von Fr. 9'413'000.- gerechnet**. Die Steigerung gegenüber dem Budget 2011 von Fr. 491'000.- wird im Wesentlichen mit folgenden Faktoren begründet:*

- *Das revidierte Sozialhilfegesetz ist nach der Referendumsabstimmung angenommen worden. Mit der Inkraftsetzung ist auf den 1.4.2012 zu rechnen. Es bringt einerseits Verbesserungen für die Arbeit an der Sozialhilfefront. So ist z.B. der Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden nun möglich. Missbrauchsfälle können so rascher aufgedeckt werden. Andererseits bringt es aber auch Mehrkosten insbesondere in der LG Asyl- und Flüchtlingswesen, weil Asylsuchende mit dem Aufenthaltsstatus F nun nach den Grundsätzen der SKOS-Richtlinien unterstützt werden müssen. Uster rechnet mit einem Mehraufwand von Fr. 75'000.-. In diesem Mehraufwand ist auch der Wegfall der Entschädigung des Kantons für die Betreuung dieser Asylsuchenden enthalten.*
- *Es ist mit einem Anstieg bei den Sozialhilfefällen zu rechnen. Das Budget 2011 wird nicht ausgeschöpft werden, aber 2012 muss aufgrund der wirtschaftlichen Situation mit einer Zunahme gerechnet werden, insbesondere auch wegen den Auswirkungen des seit 1.4.2011 geltenden revidierten Arbeitslosengesetzes. Die Erfahrung zeigt, dass Veränderungen im Arbeitslosenrecht sich erst mit einer zeitlichen Verzögerung auswirken.*
- *Die grösste Erhöhung ist aber im Bereich der Alimentenbevorschussung und der Kleinkinderbetreuungsbeiträge zu erwarten. Das revidierte Gesetz sieht die Erhöhung der maximalen Alimentenbevorschussung von bis Fr. 650.- auf neu Fr. 950.- pro Kind und Monat vor. Auch die Kleinkinderbetreuungsbeiträge werden erhöht (Dank diesen Beiträgen können junge Familien ihr Kind in den ersten zwei Lebensjahren selber betreuen und müssen es nicht aus finanziellen Gründen in die Krippe bringen). Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz soll auf den 1.1.2012 in Kraft gesetzt werden. Nur zeigen sich noch sehr viele praktische Umsetzungsschwierigkeiten, sodass eine spätere oder abgestufte Inkraftsetzung wahrscheinlich ist. Budgetmässig wurde aber mit dem vollen Jahr nach neuem Gesetz gerechnet.*

Das Budget im Geschäftsfeld Sozialhilfe wurde in der KSG am 21.11.2011 einstimmig abgenommen. In der RPK gab es keine Bemerkungen

*Walter Strucken
05.12.2011*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

GF Primarschule

Für die Kommission referiert **Marianne Siegrist**.

Am 10. November 2011 hat sich die Subkommission (Anita Borer, Luzia Thaler, Walter Meier und Marianne Siegrist) mit den Vertretern der Primarschule (Stadträtin Sabine Wettstein, Leiter Schulverwaltung Herr Vanza, Herr Stüssi, Rechnungsführer und Fredy Ulmer, Verantwortlich für die Finanzen seitens Primarschulpflege) für ein Gespräch getroffen. Herzlichen Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

GF Primarschule

Die Primarschule weist gegenüber dem Budget 2011 einen Mehraufwand von rund 4,4 Mio. auf. Dies bei einem Globalkredit von 35.721 Mio. Die Mehraufwendungen sind fast ausschliesslich exogenen Faktoren zuzuschreiben. Dies sind vor allem höhere Lohnkosten sowie Verschiebungen bei den Sonderpädagogischen Angeboten.

Gemäss den Vertretern der PS war die Zeit zu kurz, um eine gestrafftere Darstellung des GB umzusetzen. Eine neue, gestraffte Form wird für das nächste Budget vorliegen.

*Die in der **Einleitung** beschriebene geplante Ausdehnung des musikalischen Grundunterrichts sowie die geplante Erweiterung der Schulzahnklinik werden in separaten Anträgen dem Gemeinderat vorgelegt werden.*

Investitionsrechnung

Die geplanten Investitionen betragen rund 7.8 Mio. nach Abzug der Investition für die Ballonturnhalle und der Verschiebung der Kredittranche von 0.3 Mio. für den Schulpavillon vom 2013 auf 2012.

Die Investitionen erhöhen sich gegenüber den Vorjahren vor allem durch die Übertragung der Liegenschaft Seestrasse ins Verwaltungsvermögen und deren Sanierungskosten.

Der aufgeführte Pavillon wird auf dem Schulareal Pünt aufgestellt werden. Auch dieser Antrag wird demnächst dem GR vorgelegt.

Die Turnhallenkapazität ist nach wie vor sehr eng für die Primarschule. Trotzdem wird auf das Erstellen einer Ballonturnhalle verzichtet, und deshalb aus der Investitionsrechnung gestrichen, weil die Kosten verhältnismässig hoch geschätzt werden.

LG Regelunterricht Seite R3

Die höheren Kosten von 3.4 Mio. in dieser Leistungsgruppe sind auf das Konto Lehrerlöhne, bzw. Minderübernahme des Kantons, zu verbuchen. Einerseits müssen die Gemeinden neu 80 % der Lehrerlöhne übernehmen, was im Falle von Uster 2.7 Mio. zusätzlich ausmacht. Kantonale Vorgaben wie monatliche Essenszulagen und der Stufenanstieg kostet die Stadt Uster ebenfalls mehr. Weiter wird mit fünf zusätzlichen Vollzeiteinheiten gerechnet.

Die Mehreinnahmen durch den neuen Finanzausgleich werden nicht den einzelnen Geschäftsfeldern gutgeschrieben. Deshalb fallen die Mehrausgaben für die Lehrerlöhne bei diesem Geschäftsfeld stark ins Gewicht.

Das vom GR im letzten Dezember angenommene neue Wirkungs- und Leistungsziel mit dem Wortlaut „Die PS ist bestrebt, dass so wenig Lehrpersonen wie möglich an einer Klasse unterrichten, damit eine grösstmögliche Konstanz erreicht wird“ ist versehentlich vergessen worden. Die Schulleitungen seien bestrebt, dieses Ziel möglichst zu erreichen.

LG Zusatzangebote Seite R5

Hier ist eine Zunahme von rund 200'000 zu verzeichnen. Es werden höhere Kosten bei den Klassenlagern, beim Musikalischen Musikunterricht (neues Konzept wird berücksichtigt) und bei der Schulgesundheit ausgewiesen.

Die vom Gemeinderat gewünschte Aufschlüsselung der Kosten wird der Kommission Bildung und Kultur geliefert. Mit der Neukonzipierung der Darstellung für das nächste Budget wird dieses Anliegen aufgenommen werden.

LG Tagesstrukturen Seite R7

Die Kosten erhöhen sich aufgrund der hochgerechneten Nachfrage.

LG Sonderpädagogische Angebote Seite R8

Es wird darauf hingewiesen, dass die Finanzierung im Sonderschulbereich vom Kanton noch nicht abschliessend geregelt ist. Aus diesem Grund erfolgt die Budgetierung auf Erfahrungswerten.

Eine Zunahme von rund 280'000 Franken ist ebenfalls vor allem auf die Minderübernahme vom Kanton zurückzuführen > Aufhebung der Sprachheilkindergärten, neue Regelung der Kantonsbeiträge bei den Sonderpädagogischen Angeboten, d.h. immer mehr Kinder mit Sonderschulstatus werden gemäss den Vorgaben des Volksschulgesetzes integrativ und nicht mehr separativ an der HPSU geschult.

Insgesamt erhalten 49 Schüler/innen Förderung von 7 bis 9 Wochen-Lektionen im Rahmen der Integration. Die integrativen Schulungen werden jeweils von der Schulpflege bewilligt.

Aus der Gemeinde Uster werden nur noch 8 Kinder separativ an der HPSU geschult.

Die Kosten für externe Schulungen werden zum Teil gemeinsam mit der Abteilung Soziales getragen.

Die im letzten Jahr vom GR geforderte Kostensenkung beim Angebot Deutsch als Zweitsprache konnte ab neuem Schuljahr (Aug. 2011) umgesetzt werden. 157'000 Franken wurden eingespart.

*Bei der **Begabtenförderung** ist ein neues Konzept geplant. Anstelle von 42 Schülern erhalten nun 258 Schüler/innen Zusatzunterricht, der ihre Fähigkeiten gezielt fördert. Die so genannten Atelierkurse werden in jeder Schuleinheit durchgeführt. Die Neuerung erfolgt kostenneutral.*

LG Heilpädagogische Schule Seite R11

Der Rückgang der Schülerzahlen basiert auf der Annahme, dass auch die Schüler der angeschlossenen Gemeinden vermehrt integrativ geschult werden, d.h. dass die integrative Schulung in den Regelklassen der jeweiligen Wohngemeinden durchgeführt wird.

*Gesamthaft gesehen gibt es **keine Kostensenkung sondern eine Verlagerung der Kosten im Bereich Sonderschulung.***

LG Schulliegenschaften Seite R13

12 kleinere Bauprojekte sind geplant. Meist sind dies Instandsetzungsmassnahmen zum Gesamtbetrag von ca. 1.38 Mio. Das Projekt Schulhaus Krämeracker wird in die erste Planungsphase starten. Die Unterhaltskosten werden auf 1,4 Prozent des Gebäudeversicherungswerts budgetiert.

*Der Antrag, das Globalbudget um 2 Prozent = um rund 720'000 Franken auf 35 Mio. zu reduzieren, wurde mit 2 : 6 Stimmen **abgelehnt.***

Die KBK hat den Globalkredit 2012 der Primarschule einstimmig mit 8 : 0 Stimmen angenommen.

Marianne Siegrist, Kommission Bildung und Kultur

29. November 2011

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

In der RPK wurde folgender Kürzungsantrag gestellt:

Gemäss Novemberbrief beantragt der Stadtrat für das GF Primarschule ein Globalbudget von 35,495 Mio. Franken. Aufgrund der hohen Steigerung dieses Budgets soll das Globalbudget um 2 % auf neu 34,786 Mio. Franken gekürzt werden.

Die RPK hat den Kürzungsantrag mit 3 : 6 Stimmen abgelehnt.

Walter Meier

Gabi Seiler

Kürzungsantrag Globalbudget PSU 2012

Dass Bildung ein wichtiger, wenn ich einer der wichtigsten Eckpfeiler unserer Gesellschaft bildet - darüber sind wir uns in diesem Saal wohl fast einig. Trotzdem muss Bildung bei aller Wichtigkeit auch finanzierbar sein, die finanziellen Ressourcen sind auch im Bereich Bildung nicht unerschöpflich.

Für 2008 wurde seitens der PSU gem. der Originalweisung ein Globalkredit von CHF 28,3 Mio beantragt, für 2012 ist das beantragte Budget gem. Beschluss 449 bereits bei CHF 35,5 Mio. Eine Kostensteigerung in den letzten 4 Jahren von über CHF 7 Mio oder mehr als 25 %.

Die Antworten seitens der PSU auf Rückfragen wo den gespart werden könnte waren in den letzten 4 Jahren praktisch identisch: Exogene Faktoren können nicht beeinflusst werden, Umstrukturierungen, etc., müssen realisiert werden. Für uns fehlt seitens der PSU der erkennbare Wille verantwortungsvoller mit den finanziellen Mitteln umzugehen.

Wir sind der Überzeugung, dass es in einem Budget von über CHF 35 Mio Einsparungen möglich sein müssen, die nicht automatisch zu einem markanten Abbau der Leistungsziele führen. Vielleicht ist eine Konzentration auf das Wesentliche wichtiger, als die Nebenschauplätze wie Tagesstrukturen, Zusatzangebote, Sonderpädagogische Angebote etc. laufend weiter auszubauen.

„Auf der Basis des Beschlusses 449 beantragen wir daher eine unseres Erachtens gut vertretbare Kürzung des Globalbudgets der PSU um 2% auf neu CHF 34'786'000“.

Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Kürzungsantrag: *Es sei das Globalbudget um 2 % zu kürzen. Dies gestützt auf den stadträtlichen Beschluss Nr. 449 (Novemberbrief) auf neu Fr. 34'786'000.*

Balthasar Thalmann ergreift das Wort. Er zeigt sich enttäuscht, dass nun wieder Kürzungsanträge mit Rasenmähermethoden in diesem Saal zur Debatte stehen, obschon man vor einigen Jahren noch entschieden hat, solche Budgetdebatten nicht mehr zu akzeptieren. Die Leistungsziele der PSU sind klar nachzulesen, man hatte genug Zeit, nachzufragen, was die einzelnen Posten zu bedeuten haben. Ausserdem hat die SVP ja auch Vertreter in der Exekutivbehörden der Schulen, um die Diskussionen zu führen, wo die Schule hinführen soll.

Marianne Siegrist ergreift das Wort und führt aus, dass ihre Partei gegen den Antrag der SVP ist. Man ist nicht grundsätzlich gegen die Überlegungen, wie Kosten gesenkt werden können, aber man will keinen Leistungsabbau. Es kommen in naher Zukunft einige konkrete Anträge seitens der PSU in den Rat, dort bestehen dann genug Möglichkeiten, zu kürzen.

Markus Bürki erinnert daran, dass das oberste Ziel der Schule die Mündigkeit der Schüler ist und diese kostet auch etwas. Mündigkeit lässt sich nicht mit Zahlen darstellen, aber unser einziger Rohstoff ist Bildung, auf dem sollte man bauen. Eine gute PSU sollte uns 100 Mio. Franken wert sein. Man sollte der Bildung beistehen und kann dann die kommende Anträge der PSU kritisch begutachten.

Der Vorsitzende führt aus, dass hier nicht nochmals die Leistungsmotion Nr. 514 diskutiert wird, da sie innerhalb derselben Gemeinde ist.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 22 : 12 Stimmen

den Kürzungsantrag abzulehnen.

Es werden seitens der Finanzen die aktualisierten Zahlen bekanntgegeben.

Markus Josi

Beim einem Steuerfusses von 91 % sieht der Voranschlag 2012 der politischen Gemeinde wie folgt aus:

1. *die Laufende Rechnung des Voranschlages 2012 sieht einen Ertragsüberschuss von 843'760 Franken vor;*
2. *die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens betragen 23'588'000 Franken;*
3. *die Nettoeinnahmen des Finanzvermögens betragen 1'900'000 Franken;*

4 Investitionen des Voranschlages 2012

Abstimmung

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 32 : 0 Stimmen**

**Der Voranschlag 2012 wird in der vorliegenden Form, mit einem
Ertragsüberschuss von Fr. 843'760 in der laufenden Rechnung,
Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens in der Höhe von Fr. 23'588'000
und Nettoinvestitionen des Finanzvermögens von Fr. 1'900'000
genehmigt.**

5 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Voranschlag 2012 der Sekundarstufe (Antrag Nr. 102/2011)

Die Näniker befinden sich bei diesem Geschäft – wenn es um Abstimmungen geht – im Ausstand.

Für die Kommission referiert **Walter Meier**.

Die Sekundarstufe legt uns ein Budget 2012 vor, dass mit einem Verlust von Fr. 493'000 abschliesst und Investitionen von 6,695 Mio. (inkl. techn. Geräte) vorsieht. Aufgrund des Antrags „Pavillon“ für die Schulanlage Weidli wissen wir, dass dieser mit 0,7 Mio tiefer als im Budget vorgesehen veranschlagt wird. Es ist demnach mit 6 Mio. Investitionen zu rechnen und – aufgrund der tieferen Abschreibungen – mit einem Aufwandüberschuss von 423'000 Franken.

Die Aufwandsteigerung von rund 2 Mio. lässt sich wie folgt begründen:

- Die Löhne der Lehrpersonen müssen neu zu 80 % finanziert werden, allein dies macht etwas mehr als die Hälfte der Differenz aus (1,062 Mio.)*
- Als „Gegenleistung“ steigt der Steuerkraftausgleich um Fr. 750'000, was für die SSU eine Netto-Aufwand-Steigerung um Fr. 300'000 ausmacht*
- Die neu eingeführte integrative Schulung in der Regelklasse (Vorgabe Kanton) führt zu geschätzten höheren Kosten von Fr. 240'000. Dieser Betrag ist auf die Anstellung von schulischen Heilpädagogen zurückzuführen.*
- Aufgrund der höheren Investitionen (als im 2011) fallen auch höhere Abschreibungen an, die Steigerung beträgt rund Fr. 400'000.*
- Ebenso höher sind die Steuerbezugskosten, welche die SSU der Stadt abliefern muss (Fr. 80'000)*
- Bei den Unterrichts- und Lehrmitteln ist ein Trend hin zum vermehrten Einsatz von Computer-Lern-Programmen feststellen. Hier sind vor allem Lizenzgebühren zu bezahlen. Trotzdem nehmen die Kosten für die Bücher nicht ab. Hier ist eine jährliche Steigerung von rund Fr. 30'000 festzustellen. Diese Steigerung ist zwar – auf ein Jahr gesehen – nicht gross, läppert sich aber in ein paar Jahren zu grossen Summen zusammen.*

Zu den Investitionen:

- Die „Pinselrenovation“ im Schulhaus Weidli umfasst umfasst nicht nur der Einsatz von Farbe. So werden auch sämtliche WC- und Duschanlagen erneuert, die Böden der Schulzimmer, die Schulküchen usw.*
- Der Gemeinderat wird voraussichtlich anfangs 2012 einen Kreditantrag von der PS und der SSU erhalten betreffend Investitionen Schulzahnklinik. Die Geräte usw. sind stark veraltet. Hier braucht es Ersatzinvestitionen. Zusätzlich will man mit einem moderaten Ausbau der Leistungen zu einem besseren Deckungsgrad kommen (zusätzlicher Kieferorthopäde)*
- Die KUSS hat seit geraumer Zeit sehr enge Platzverhältnisse. Der Eigentümer der Liegenschaft „House of Sports“ ist bereit, eine moderate Erweiterung des Gebäudes zu finanzieren. Die KUSS muss selber „nur“ den Ausbau der neuen Räumlichkeiten finanzieren. Dafür sind im 2012 Fr. 200'000 eingestellt. Die höhere Miete wird mit höheren Schulgeldern abgefangen.*

*Gemäss Entscheid der Schulpflege soll der **Steuerfuss** für das Jahr 2012 beibehalten werden. Aufgrund der hohen Investitionen und dem prognostizierten Defizit wäre eine Steuerfussreduktion unrealistisch. Da auch für die nächsten Jahre mit Defiziten von gegen 1,0 Mio. pro Jahr gerechnet wird, ist nicht so schnell mit einer Steuerfuss-Senkung zu rechnen. Weil das Eigenkapital aber relativ hoch ist, muss auch trotz Defiziten keine Steuerfuss-Erhöhung in Betracht gezogen werden.*

Die **KBK** empfiehlt dem Gemeinderat mit 7 : 0 Stimmen das Budget 2012 gemäss Antrag der SSU zu genehmigen.

Die **RPK** hat vor allem den Steuerfuss der Sekundarstufe Uster diskutiert. Man ist sich bewusst, dass bei einer Steuerfussenkung das Eigenkapital reduziert würde. In der RPK wurden zwei Anträge gestellt:

- Steuerfuss neu 18 %
- Steuerfuss neu 17 %

Bei einer ersten Abstimmung obsiegte dabei mit 7 : 1 Stimmen ein Steuerfuss von 18 %. (gemäss Protokoll waren es 6 : 1 Stimmen, doch haben 8 Personen abgestimmt ...)

Bei einer 2. Abstimmung wurde der Steuerfuss von 18 % dem Antrag der SSU – Steuerfuss 19 % - gegenübergestellt. Dabei entschied sich die RPK für einen Steuerfuss von 18 % bei einem Stimmenverhältnis von 4 : 4 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten.

Die RPK beantragt demnach dem Gemeinderat, den Steuerfuss der SSU bei 18 % festzulegen.

Walter Meier

Thomas Pedrazzoli

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die Sekundarstufe Uster unterbreitet Ihnen ein Budget, das mit einer Aufwandsteigerung von rund 2 Mio. Franken aufwartet.

Wir haben zwar, durch den neuen Finanzausgleich auch einen höheren Ertrag, allerdings deckt dieser die höheren Aufwände bei weitem nicht. Neu muss die Sek Uster 80% der Lehrerlöhne selber berappen. (Aufwandsteigerung von rund 1 Mio. Franken)
Mehrkosten netto rund 300'000.- Franken.

Die Sek Uster folgt damit einem „Trend“ aller Volksschulen im Kanton, nämlich dass überall Subventionen abgebaut und die Lasten den Schulgemeinden überwältigt werden. Sei dies bei den Lehrerlöhnen, bei den Steuerbezugskosten, bei der Sonderpädagogik, bei der Musikschule, Schulgesundheit. Die Liste liesse sich fortsetzen.

Mit Blick auf die höheren Aufwände und unsere Investitionen beantragt Ihnen die Sekundarschulpflege deshalb den Steuerfuss bei 19% zu belassen. Mittelfristig steuert die Sek Uster auf eine vertretbare Verschuldung hin.

Meine Damen und Herren,
ich bedanke mich ganz herzlich bei den Mitgliedern der Kommission Bildung und Kultur und bei der vorberatenden Kommission. Wir haben die Diskussionen mit Ihnen als sehr sachorientiert, kompetent und als äusserst fair empfunden.

Vielen Dank für Ihr Ohr.

5. Dezember 2011

Sekundarstufe Uster
Thomas Pedrazzoli, Präsident

Walter Meier

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Anwesende*

Dank der komfortablen Ausgangslage der Sekundarstufe – das Eigenkapital ist relativ hoch – ist das prognostizierte Defizit von 0.5 Mio. vertretbar. Dies umso mehr, als mit einem Cash flow von mehr als 2 Mio. gerechnet wird. Damit können längerfristig die anstehenden Investitionen problemlos finanziert werden. Allerdings wird das Investitionsvolumen im 2012 – aufgrund der Sanierung der Schulanlage Weidli - wiederum deutlich höher als der Cash flow liegen. In den nächsten Jahren wird mit geringeren Investitionen gerechnet, wobei noch ein „kleiner“ Schulhaus-Neubau (Weidli Annex) ansteht, der auch ein paar Millionen kosten dürfte. Aufgrund dieser Ausgangslage ist der Steuerfuss von 19 % mehr als vernünftig.

Walter Meier, EVP-Gemeinderat

Markus Bürki

*Sehr geehrter Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

*Ich spreche für die Grünen und für die Grünen! ☺
Die Grüne Fraktion ist mit dem Voranschlag der SSU zufrieden.
Das Eigenkapital ist hoch, so dass der Steuerfuss nicht erhöht werden muss.
Es ist aber auch vermessen den Steuerfuss jetzt zu senken. Die Investitionen stehen ja schon vor der Türe.
Auch die SSU leistet einen wichtigen Beitrag zur Bildung unserer Jugendlichen in Uster. Unter Wikipedia finden wir folgendes zum Stichwort BILDUNG: Achtung, jetzt wird es wirklich kompliziert!*

„Der moderne dynamische und ganzheitliche Bildungsbegriff steht für den lebensbegleitenden Entwicklungsprozess des Menschen, bei dem er seine geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten und seine personalen und sozialen Kompetenzen erweitert. Es kann aber keinen perfekten Menschen geben; individuelle Anlagen sowie zeitliche, räumliche und soziale Bedingungen setzen der Verwirklichung eines wie auch immer definierten Bildungs-Ideals Grenzen.“

*Wir hören, es scheint nicht immer ganz einfach zu bilden oder sich bilden zu lassen. Vielleicht gerade weil Bildung so komplex ist kostet es auch viel.
Es kommt uns aber in Form von gebildeten Menschen zurück. Gebildet im Sinne dass Denken und Handeln reflektiert wird.
Die Leistungsmotion 514 können und wollen wir hier wieder stellen. Und zwar die Variante der Energie Uster AG.*

In diesem Sinne, Grünes Licht für den Antrag der SSU.

Für die Grünen Markus Bürki

Markus Wanner

Eine Steuerfussenkung bei der Sekundarstufe ist aus folgenden 3 Gründen abzulehnen:

- 1. Budgetiert ist ein Verlust von rund CHF 0,5 Mio. Bei einer Senkung um 1 % beträgt der Verlust CHF 1,2 Mio. Gemäss Finanzplan ist auch in den Jahren 2013 bis 2015 ein Verlust in dieser Grössenordnung budgetiert. Das ist nicht zu verantworten.*
- 2. Das Nettovermögen erreichte im 2010 mit etwas mehr als CHF 10 Mio. einen Höchstwert. Das Nettovermögen wird aber alleine im 2012 wegen den hohen Investitionen um CHF 4,5 Mio. mehr als halbiert. Bei einer Steuerfussenkung von 1 % wird es nochmals um CHF 0,7 Mio. abgebaut und beträgt dann nicht einmal mehr CHF 4 Mio. Dies ist eindeutig ein zu tiefer Wert, wenn man an die hohen Investitionen im 2015 denkt.*
- 3. Bei einem Gesamtsteuerfuss von 19 % entspricht eine 1-prozentige Steuerfussenkung einer Reduktion von 5 %. Das Nettovermögen sollte nicht zur Verwendung eines strukturellen Defizites verwendet werden. Das Nettovermögen sollte nur für die Finanzierung von zukünftigen Investitionen eingesetzt werden.*

Kein KMU-Betrieb würde bei einem budgetierten Jahresverlust von CHF 500'000.- und einem Abbau des Vermögens um über 50% freiwillig eine Preissenkung vornehmen.

Warum sollte dann das genau die Sekundarstufe tun müssen?

Die SP-Fraktion lehnt eine Steuerfussenkung ab.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Leistungsmotion Nr. 514, Ökostrom

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 0 Stimmen

den Antrag der Sachkommission (Strom-Mix-Variante Energie Uster AG) anzunehmen.

Abstimmung über die Erheblicherklärung der Leistungsmotion:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 1 Stimmen

die Leistungsmotion für erheblich zu erklären.

6 Festsetzung des Steuerfusses

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, den Steuerfuss 2012 auf 91 % (Vorjahr 93 %) des einfachen Steuerertrages festzusetzen.

Die Sekundarstufe beantragt dem Gemeinderat, den Steuerfuss 2012 unverändert auf 19 % zu belassen.

Ruedi Locher

Bei der Sekundarschulgemeinde werden wir den Antrag der RPK auf Senkung des Steuerfusses um 1% unterstützen. Obwohl grosse Investitionen bei der SSU anstehen, ist aufgrund der hohen finanziellen Reserven eine Steuersenkung um 1 Prozent angebracht. Die SSU hat momentan keine Fremdverschuldung und mit 10 Mio. ein sehr hohes Nettovermögen.

Für die politische Gemeinde Uster haben wir in der RPK einen Antrag gestellt, sind aber nicht durchgedrungen. Deshalb habe ich diesen Antrag für heute noch einmal gestellt. Ich möchte ihn hier kurz begründen.

Antrag der FDP/JFU-Fraktion:

Der Steuerfuss soll um 4 Prozent auf 89 Prozent gesenkt werden.

Begründung:

Der Antrag des Stadtrates die Steuern um 2 Prozent zu senken, führt zu wenig weit. Durch den geplanten Ertragsüberschuss, die Minderaufwendungen aufgrund der neuen Spitalfinanzierung und der Verschiebung der Kosten für die BVK-Sanierung auf 2013, ist es angebracht die Steuern um 4 Prozent zu senken. Der Steuerfuss darf nicht künstlich hochgehalten werden, nur damit künftige Projekte bereits heute finanziert werden können. Auch mit der geforderten Steuersenkung kann der Finanzhaushalt weiterhin stabil gehalten werden. Allenfalls kann eine Reduktion der ausserordentlichen Abschreibungen in Betracht gezogen werden. Aber ganz sicher muss mit den vorhandenen Mitteln auch in den nächsten Jahren haushälterisch umgegangen werden. Dann gibt es keinen Grund zur Besorgnis – ganz im Gegenteil. Durch die Steuersenkung gewinnt Uster an Attraktivität für gute Steuerzahler. Denn die Stadt Uster ist keine Bank und muss nicht mehr als 130 Millionen Eigenkapital auf Vorrat horten.

Von den anderen Parteien werden jetzt natürlich wieder Schreckensszenarien gemalt. Das war vor 2 Jahren nicht anders, als wir die Steuern um 2% gesenkt haben. Wir erinnern uns noch gu daran, wie die linke Ratsseite uns vorwarf, die Stadt finanziell an die Wand zu fahren und wie wir mit Namensaufruf abstimmen mussten.

Und auch Benno Scherrer von der GLP nannte die Steuerkürzung damals "voreilig" und prophezeite (so steh es offiziell im Protokoll): "Beim verbleibenden Defizit und den düsteren Prognosen werden die 93% nicht gehalten werden können. Massive Defizite oder eine rasche Steuerfusserhöhung wären die Folge!"

Passiert ist nun das Gegenteil... Die 93% können problemlos noch gesenkt werden, von massiven Defiziten keine Spur – der Stadtrat budgetiert sogar einen Gewinn! Wenn die GLP an ihrer Weigerung festhält, die Steuern zu senken, obwohl sich ihre düsteren Prognosen ganz offensichtlich als falsch erwiesen haben, dann muss ich sagen: Das ist nicht liberal, sondern GLP – ganz linke Politik. Und viel Glück im Kantonsrat mit dem neuen Fraktionschef.

Aber auch von der SVP kann man im Protokoll vor 2 Jahren lesen. Rolf Denzler für die SVP: "Wir verlangen nach wie vor, und in Zukunft noch viel ausgeprägter, tiefe Steuern!" Da kann ich nur sagen: Liebe SVP: 4% sind doch wirklich ausgeprägt tiefere Steuern. Wir hoffen deshalb sehr, dass hier die bürgerliche Allianz klappt und Ihr unseren Antrag unterstützt. Die CVP hat uns ihre Unterstützung zugesagt.

Rudolf Locher (FDP)

Markus Wanner

Antrag: Steuerfuss

Der Steuerfuss wird auf 93 Prozent festgelegt

Begründung

Der Steuerfuss soll von 93 auf 91 Prozent gesenkt werden. In der Weisung 99 wird auf Seite 4 darauf hingewiesen, dass der Voranschlag trotz Steuersenkung einen Ertragsüberschuss vorsieht. Bereits auf der nächsten Seite wird erwähnt, dass der Selbstfinanzierungsgrad nur noch 65 Prozent beträgt, und dass mittelfristig die Erreichung des stadträtlichen finanzpolitischen Zieles Nettovermögen CHF 1'000.- gefährdet ist. Zitat aus dem Bericht des Voranschlages 2012: „Ende der Planungsperiode wird man die Mindestzielgrösse von CHF 1'000.- Nettovermögen je Einwohnenden vor allem aufgrund des hohen Investitionsvolumens nur noch knapp erreichen können, obschon bis dann noch nicht sämtliche Grossprojekte finanziert sein werden“. Zudem wissen wir heute schon, dass die Sanierung der Beamtenversicherungskasse BVK die Laufende Rechnung 2013 mit mindestens CHF 1,3 Mio. belasten wird, das sind rund 2 Steuerprocente.

Der Stadtrat will das Nettovermögen von CHF 70 Mio. auf CHF 35 Mio. reduzieren, indem er die Grossprojekte in der Investitionsrechnung damit finanziert. Das ist sinnvoll. Ökonomisch ein Unsinn ist, dieses Geld für Konsumausgaben in der Laufenden Rechnung zu verwenden, also für ein strukturelles Defizit. Das ist etwa gleich schlimm, wie wenn ein Privathaushalt für einen Fernseher einen Kleinkredit aufnimmt.

Der Finanzvorsteher hat in der RPK erwähnt, dass für die Steuerpflichten die Kontinuität des Steuerfusses wichtig sei. Ist eine Steuerfussenkung wirklich vertretbar, wenn in den nächsten 3 Jahren total CHF 11 Mio. Defizit budgetiert sind? Eine Senkung des Steuerfusses mag mit einem sehr kurzfristigen Blick alleine auf 2012 verkraftbar und populär, um nicht zu sagen populistisch sein, mittelfristig unter Berücksichtigung der grossen Investitionsvorhaben aber unvernünftig.

Benno Scherrer ergreift das Wort. Er führt namentlich aus, dass der Stadtrat eine Prognose betreffend der Finanzentwicklung abgibt und dies nicht Sache des Gemeinderates ist. Die Prognosen sind grundsätzlich düster und wir orientieren uns daran. Im Jahr 2015 ist ein Defizit prognostiziert.

Thomas Wüthrich

Antrag der Grünen

Sehr geehrter Herr Präsident

Finanzpolitisches Ziel 1: Die Stadt Uster weist zur Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit ein Nettovermögen aus. Die gesunde finanzielle Ausgangssituation ... soll erhalten bleiben.

Massnahmen: (u.a.) Erhöhung des Steuerfusses.“

Mit Stolz übergab uns der Stadtrat seine finanzpolitischen Ziele im Taschenformat, damit wir, die Gemeinderäte, sie uns immer wieder vor Augen führen können.

Nun genau das tun wir Grünen nun und sind angesichts des stadträtlichen Antrags zur Senkung des Steuerfusses ziemlich ratlos. Verabschiedet sich der Stadtrat von seinen erst vor kurzem formulierten Zielen? Hat das, was der Stadtrat an strategischen Zielen verlauten lässt folglich eine

Halbwertszeit von 1 Jahr? Und kann ich den Flyer nun getrost also Notiz- und Zeichenpapier benutzen?

So ist es wohl doch nicht gemeint. Aber der stadträtliche Antrag ist völlig unbegründet und widerspricht seinen eigenen Zielen. Hier liegt es nun am Gemeinderat, dem Stadtrat wieder in die Spur zu helfen.

Spare in der Zeit, so hast Du in der Not. Dieses alte Sprichwort scheint vergessen zu sein.

Zahlreiche Grossinvestitionen stehen der Stadt noch bevor, aber bereits davor wird das Nettovermögen der Stadt fast vollständig aufgebraucht sein.

Da scheint mir die Politik der Nachbargemeinde Volketswil, mit SVP-Gemeindepräsident Walliser an der Spitze, doch einiges pragmatischer zu sein. Um das Nettovermögen nicht unnötig schrumpfen zu lassen, wird auf eine kurzfristige Senkung des Steuerfusses verzichtet. Im Gegenteil, es werden für die kommenden Jahre sogar Erhöhungen des Steuerfusses um 7 Prozentpunkte in Aussicht gestellt. Das scheint mir doch ehrlicher und nachhaltiger als in der Stadt Uster.

Und schliesslich muss Uster sich endlich mal von der Mär vom tiefen Steuerfuss = Standortvorteil verabschieden. Dieses Jahr hat eine wissenschaftliche Studie der Wirtschaftshochschule Luzern in den Kantonen Luzern und Aargau belegt, dass der Steuerbelastung beim Wohnungsumzug „keine grosse Beachtung“ geschenkt wird.

Aus all diesen Gründen stellen die Grünen den Antrag, den Steuerfuss der politischen Gemeinde bei 93% zu belassen.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Claudia Bekier

SVP/EDU-Fraktion

Die Höhe des Steuerfusses ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, welcher zur Attraktivitätssteigerung beiträgt. Sie kann unter anderem ausschlaggebend sein, ob sich eine Firma in unserer Gemeinde niederlässt oder ob sich eine Privatperson dafür entscheidet, in Uster Wohnsitz zu nehmen. Unsere Fraktion vertritt grundsätzlich die Haltung, die Fiskalabgaben tief zu halten und damit den Einwohnerinnen und Einwohnern möglichst viel Handlungsspielraum aber auch Eigenverantwortung zu übergeben.

Verfolgt man die Diskussionen rund um den Steuerfuss so fällt auf, dass Gemeinden wie Greifensee, Dübendorf oder Mönchaltorf eine Senkung des Steuerfusses von bis zu 5% realisieren werden/möchten. Es stellt sich natürlich die Frage, weshalb Uster da nicht auch mitziehen sollte. Die vom Stadtrat beantragte Reduktion des Steuerfusses für die Stadt Uster von 2% mutet auf den ersten Blick etwas bescheiden an.

Zieht man jedoch in Betracht, welche grossen, kostenintensiven Projekte in den kommenden Jahren mit der Sanierung/Erweiterung des Hallenbads, dem Neubau des Schulhauses Krämerackers und der Renovation/Erweiterung der Liegenschaften an der Dammstrasse anstehen, so wird klar, dass diese grossen Bauvorhaben an die Substanz des Nettovermögens gehen werden.

Zudem darf nicht unerwähnt gelassen werden, dass Uster verschiedene wichtige (und kostenintensive) Zentrumsfunktionen ausübt, von welchen andere Gemeinden verschont sind. Hiobsbotschaften aus dem Euroland stimmen auch nicht gerade optimistisch. Die Auswirkungen der Eurokrise respektive des starken Frankens sind denn auch bereits vielerorts spürbar in Form von rückläufigen Aufträgen und weniger Export. Folge davon sind steigende Arbeitslosenzahlen. Vor wenigen Wochen war der Presse zu entnehmen, dass die Ausschüttungen der Nationalbank an die Kantone im kommenden Jahr massiv geringer ausfallen werden. Hat der Kanton Zürich bis

anhin jährlich 292 Millionen erhalten, so soll die Summe für das nächste Jahr im besten Falle 116 Millionen betragen. Das sind 176 Millionen, die dem Kanton fehlen und dies wird sich ganz sicher auch auf Gemeindeebene auswirken.

Die genannten Tatsachen und weitere „bad news“, welche sich an dieser Stelle problemlos anfügen liessen, haben uns aufhorchen lassen und dazu bewogen, nicht blind in den Kanon der Steuerreduktionswütigen einzustimmen.

Die vom Stadtrat beantragte moderate Steuerfussreduktion von 2% auf neu 91% trägt den oben genannten Hauptaspekten Rechnung: Sie lässt den Usternern mehr von ihrem Lohn und übergibt ihnen somit Eigenverantwortung. Sie berücksichtigt aber gleichzeitig den grossen Investitionsschub der nächsten Jahre in dieser Stadt. In diesem Sinne befürwortet die SVP/EDU-Fraktion die vom Stadtrat beantragte Steuerfussreduktion von 2% für die Stadt Uster. Wir werden sicher wachsam bleiben und je nach Entwicklung der Zahlen im nächsten Jahr eine weitere Anpassung des Steuerfusses verlangen.

4.12.11

SVP/EDU-Fraktion

Claudia Bekier, Fraktionspräsidentin

Stadtrat Werner Egli führt aus, dass das stadrätliche finanzpolitische Ziel Nr. 1 ist, dass ein Nettovermögen ausgewiesen werden muss. Man wird auf maximal 35 Mio. Franken abbauen, denn ein Teil darf für Investitionen gebraucht werden. Das finanzpolitische Ziel Nr. 3 ist ein positiven Haushalt vorzulegen. Er appelliert an den Rat, den Stadtrat am vorliegenden Budget zu messen und nicht immer an der Zukunft. 2013-2015 ist eine Richtschnur aber noch kein konkreter Weg.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmungen

Abstimmung politische Gemeinde Uster

Es werden die verschiedenen Anträge gegeneinander ausgemacht.

Antrag Stadtrat (SR): 2 % Reduktion

Antrag FDP (FDP): 4 % Reduktion

Antrag SP (SP): Beibehaltung

Ausmarchung FDP-Antrag – SP-Antrag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsident)

den Antrag der FDP gutzuheissen.

Ausmarchung FDP-Antrag – SR-Antrag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 26 : 6 Stimmen

den Antrag des Stadtrates gutzuheissen.

Der Gemeinderat beschliesst

mit 26 : 6 Stimmen

**der Steuerfuss 2012 zur Deckung des Aufwandes der Politischen
Gemeindegutes wird auf 91 % des einfachen Steuerertrages festgesetzt.**

Abstimmung Sekundarstufe Uster:

Die Näniker befinden sich bei dieser Abstimmung im Ausstand.

Abstimmung über den RPK-Antrag auf Änderung des Steuerfusses auf 18 %

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 14 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 14 Stimmen

Der Steuerfuss 2012 zur Deckung des Aufwandes der Sekundarstufe Uster wird auf 19 % des einfachen Steuerertrages festgesetzt.

7 Schlussabstimmungen zu den Anträgen 98/2011, 99/2011 und 102/2011

Abstimmung politische Gemeinde Uster

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Die Leistungsaufträge 2012 – 2015 und Globalbudgets 2012 der Geschäftsfelder Steuerung und Führung, Bürgerrecht und Dienste Präsidiales, Kultur, Finanzen, Liegenschaften, Infrastrukturbau und Unterhalt, Stadtraum und Natur, Hochbau und Vermessung, Koordination Bildung, Sicherheit, Publikumsdienste, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Betreutes Wohnen, Sport , Sozialhilfe und Primarschule, sowie der Parlamentarische Dienste, werden mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderung genehmigt.

Die laufende Rechnung 2012 wird mit 28 : 0 Stimmen genehmigt.

Die Näniker befinden sich bei dieser Abstimmung im Ausstand.

Abstimmung Voranschlag Sekundarstufe Uster

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 0 Stimmen

Der Voranschlag 2012 und die Investitionsrechnung der Sekundarschulgemeinde Uster wird genehmigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 23. Januar 2012, 19.30 Uhr statt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass vorgängig der Sitzung, ab 18.00 Uhr, die Schulung betreffend Bauprojektmanagement stattfindet. Details dazu werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Schluss der Sitzung

22.15 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Cla Famos

Datum

Die Stimmenzähler

Walter Meier

Simone Michel

Bruno Modolo